Nr. 524. 45. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Donnerstag, 12. Oktober 1916

Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die 2. rumänische Armee an die Grenze geworfen.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 12. Oktober.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Beiderseits der Somme nahm die Schlacht ihren Fortgang.

An der ganzen Front zwischen Ancre und Somme entfalteten die Artillerien große Kraft. Infanterie-Angriffe der Engländer nordöstlich von Thiepval sowie aus der Linie Le Sars—Gueudecourt sind meist schon im Sperrfeuer gescheitert. Gegen Abend setzten aus der Front Morval—Bouchavesnes starke Angriffe ein, die bis in die frühen Morgenstunden fortgesetzt wurden. Gegen die Stellungen des Infanterie-Regiments Nr. 68 und des Reserve-Infanterie-Regiments Nr. 76 bei Sailly stürmte der Feind sechsmal an. Alle Anstrengungen waren ergebnislos. Unsere Stellungen sind restlos behauptet.

Südlich der Somme ging der Kampf zwischen Genermont und Chaulnes weiter. Mehrfache französische Angriffe wurden abgeschlagen. Die heißumstrittene Zuckerfabrik von Genermont ist in unserem Besitz. Im Dorfe Ablaincourt entspannen sich erbitterte Häuserkämpfe, die noch im Gange sind.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Keine wesentlichen Ereignisse.

Kriegsschauplatz in Siebenbürgen.

Im Maros-Tal hielt der Feind dem umfassenden Angriff nicht stand. Auch weiter nördlich beginnt er zu weichen. Er wird auf der ganzen Ostfront verfolgt.

Die 2. rumänische Armee ist in die Grenzstellungen zurückgeworfen. In den Gebirgskämpfen der beiden letzten Tage sind 18 Offiziere, 639 Mann, ein 10-Zentimeter-Geschütz, 5 Maschinengewehre, viel Munition und Gewehre in unsere Hand gefallen.

Feindliche Vorstöße beiderseits des Vulkan-Passes wurden abgeschlagen.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen.

Die Lage ist unverändert.

Mazedonische Front.

Zahlreiche feindliche Angriffe an der Cerna sind gescheitert. Westlich und östlich des Vardar machte der Gegner erfolglose Vorstöße.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff. (W. T. B.)

Im befreiten Siebenbürgen.

Geringer Schaden in den besetzt gewesenen Gebieten. — Die Straßenkämpfe in Kronstadt.

(Telegramm unseres Kriegsberichterstatters.)

K. u. k. Kriegspressequartier, 12. Oktober.

Unter Siegesfahnen, die im Winde rauschen, ziehen scharenweise gefangene Rumänen gesenkten Hauptes durch die breiten und gepflegten Straßen Klausenburgs. Sie kamen in rumänischen Waggons, die bei Kronstadt erbeutet wurden. In ihren Mienen steht noch immer ein großes Erstaunen. So verblüffend schnell ereilte sie das Verhängnis, daß sie sich abgeschnitten und gefangen sahen, ehe sie noch recht zum Bewußtsein ihrer Lage kamen. Nach übereinstimmenden Mitteilungen hervorragender Persönlichkeiten, so des Regierungskommissars für Siebenbürgen, Dr. Nikolaus Betegh, des stellvertretenden Regierungskommissars, Grafen Nikolaus Banffy, und des deutschen Konsuls in Kronstadt, Lerchen, die die befreiten Komitate Szeben, Fogaras und Nagy Küküllö in dienstlichem Auftrage teils selbst bereist haben, teils durch ihre Beamten haben bereisen lassen, sind die größeren Ortschaften auf den Kriegsschauplätzen fast unberührt geblieben. Auch die vielen großen Meierhöfe sind im allgemeinen unversehrt. Keiner der dort gebliebenen Städter oder Bauern ist obdachlos geworden. In Hermannstadt amtieren bereits wieder der Obergespan, der Vizegespan, die Komitatsämter und die Post. Die Verwaltungsbeamten der anderen befreiten Komitate haben die Weisung erhalten, sich nach Klausenburg zu begeben, von wo sie weiter beordert werden.

Im Alttal sah der deutsche Konsulatssekretär die Reihen der hastig aufgeworfenen Schützengräben, in denen die fliehenden Rumänen sich gegen die vom Berge herabsteigenden bayerischen Umgehungskolonnen verzweifelt zur Wehr gesetzt hatten. In Orlan (Orlat) fielen Granaten ein und beschädigten eine Anzahl Häuser. Auch das Dach der alten, wertvollen Inselkirche von Kercszty wurde in Mitleidenschaft gezogen. Durch Fogaras flohen, wie mir Konsul Lerchen erzählt, die Rumänen mit solcher Hast, daß es zum Kampf um die Stadt gar nicht mehr kam. Obwohl fast die gesamte Bürgerschaft Fogaras verlassen hatte, sind die Wohnungen und die gesperrten Geschäftsläden während der dreiwöchigen rumänischen Herrschaft unbeschädigt geblieben. Unsere einziehenden Truppen fanden die Stadt noch reichlich mit Lebensmitteln versorgt vor. Im Hotel, das während der ganzen Zeit geöffnet war, bezahlte Regierungskommissar Betegh ein Mittagessen mit vier Kronen.

Von den rumänischen Kommanden, die in Fogaras amtiert haben, war eines im Komitatshaus einquartiert, dessen Amtsräume und Dienstwohnungen man hatte aufbrechen lassen. Die rumänischen Offiziere wurden dort von einem alten, tauben Heiducken empfangen, den sie auszufragen suchten. Der alte Amtsdiener, der kein Wort verstand, wies die vom Obergespan Szell ausgestellte Beglaubigung als Hauswart vor. Die Rumänen hielten ihn aber wegen seiner farbenprächtigen, reichverschnürten Livree für einen höheren Beamten, gaben ihm statt der Paradelivree, die sie als Siegesbeute beschlagnahmten, Zivilkleider, sperrten ihn zwei Tage ein und ließen ihn dann frei, mit dem Verbot, das Komitatsgebäude zu betreten. Die Einrichtung der Amtsräume und der Obergespanswohnung blieb bis auf den gestohlenen Lederüberzug zweier Klubsessel und aufgebrochene Schubfächer unversehrt. Auch in den anderen Amtslokalen des Kriegsgebietes sind in Eile zurückgelassene Akten und Schriften nicht angerührt worden. Allen Porträts im Fogaraser Komitatshaus, auf denen die Porträtierten in ungarischer Galatracht dargestellt waren, wurde das Kopfstück herausgeschnitten, so aus dem Porträt des früheren Ministerpräsidenten Khuen-Hedervary, während die danebenhängenden Porträts der Minister Tisza und Sandor, die in Zivilkleidung dargestellt waren, ungeköpft blieben.

Die Straßenkämpfe in Kronstadt spielten sich einesteils in Zigonie, der westlichen, von Walachen und Zigeunern bewohnten Vorstadt, ab, in einer Bachschlucht, durch die die abgesprengten rumänischen Heeresteile über Rosenau und Törzburg gegen den Törzburger Paß flohen. Sie wurden durch die Einnahme von Törzburg in das unwirtliche, tief verschneite Hochmassiv des 2500 Meter hohen Bucsecs (rumänisch: Omu — der Mensch) abgedrängt, wohin ihnen Abteilungen des deutschen Alpenkorps folgten. Anderenteils wurde in der östlichen Vorstadt Blumenau, dem Bahnhofsviertel gekämpft. Hier verstopften die gegen den Predealpaß flüchtenden Trainkolonnen und Batterien die Straße und fielen den Verfolgern in die Hände. Die Bahnlinie nach Sinai kann wegen der starren Steigung mit zwei Lokomotiven jedesmal nur zehn Waggons über den Paß befördern, so daß der Gegner nicht mehr imstande war, den Abtransport rechtzeitig zu bewältigen und 800 Güterwagen mit wertvollem Kriegsmaterial zurücklassen mußte. Ein Teil der Infanterie und der leichten Feldartillerie flüchtete deshalb längs der Kleinbahn nach den Siebendörfern, um über den Schanzpaß und Csukaspaß zu entkommen, da der Weg nach Norden, also nach Sepsi Szent György, auch schon gesperrt war und Entsatzversuche infolge der Einnahme dieser Stadt fehlschlugen. Vor ihrem Abzug aus Kronstadt raubten und brandschatzten rumänische Horden in Geschäftsläden und Wohnungen. Die einschlagenden Granaten riefen im Bahnhofsviertel Brände hervor. Das Arpad-Monument auf dem 1000 Meter hohen Kapellenberg, der über der Südseite Kronstadts aufragt, hatten die Rumänen als Symbol der ihrer Meinung nach vernichteten ungarischen Herrschaft über Siebenbürgen schon früher zerstört. Honveds und Bayern sind nicht müßig gewesen, diesen rumänischen Irr- und Größenwahn zu widerlegen, und während Falkenhayn im Burzenland die Zange um den Einbrecher schloß, begann im Kokeltal auch General Arz das Szekler Land mit eisernem Besen reinzufegen.

Zurückziehung der englischen Kriegsschiffe aus den amerikanischen Gewässern.

London, 11. Oktober. (W. T. B.)

Dem Reuterschen Bureau zufolge haben im Hinblick auf die amerikanische Antwort auf die Note der Alliierten vom August 1916 über die Anwesenheit von **Unterseebooten** in neutralen Gewässern seit dieser Zeit mündliche Erörterungen hierüber in Washington mit dem Staatsdepartement stattgefunden. Der dabei zu berücksichtigende wichtige Punkt ist, daß im Einklang mit den Wünschen der Vereinigten Staaten die **britischen Kriegsschiffe in einige Entfernung von den amerikanischen Hoheitsgewässern zurückgenommen** worden sind und sich von eben diesen Gewässern, in denen jetzt die feindlichen Unterseeboote ihr Unwesen treiben, fernhalten.

Zusammentritt des preußischen Abgeordnetenhauses.

Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, wird das preußische Abgeordnetenhaus voraussichtlich am 16. November zusammentreten. Der preußische Landtag war seinerzeit durch königliche Verordnung bis zum 14. November vertagt worden.

Die Behandlung von U-Booten in neutralen Gewässern.

Von [Nachdruck verboten.]

L. Persius, Kapitän z. S. a. D.

Die Regierungen der Alliierten haben den Regierungen gewisser neutraler Staaten, wie am 7. d. M. mitgeteilt, ein Memorandum überreicht, in dem es u. a. heißt:

„Angesichts der Entwicklung der Schiffahrt unter Wasser und angesichts der Handlungen, die unter den gegenwärtigen Umständen von feindlichen U-Booten unglücklicherweise zu erwarten sind, halten es die alliierten Regierungen nicht nur zur Wahrung ihrer Rechte als Kriegführende und im Interesse der Freiheit der Handelsschiffahrt, sondern auch um Streitigkeiten vorzubeugen, für notwendig, bei den neutralen Regierungen darauf zu dringen, wirksame Maßregeln zu ergreifen, falls das nicht bereits geschehen ist, um U-Boote Kriegführender, welcher Bestimmung die U-Boote auch dienen mögen, davon abzuhalten, neutrale Gewässer, Fahrstraßen oder Häfen zu benutzen. Die Anwendung völkerrechtlicher Grundsätze wird im Falle der U-Boote durch besondere und neue Umstände beeinflußt. Erstens durch die Tatsache, daß diese Schiffe sich zur See untergetaucht bewegen und aufhalten können und dadurch sich der Kontrolle und Beobachtung entziehen können. Zweitens durch die Tatsache, daß es unmöglich ist, sie zu identifizieren und ihre Nationalität festzustellen, gleichgültig, ob sie neutral oder nicht neutral, zum Kampf oder nicht zum Kampf bestimmt sind, und ferner durch die Tatsache, daß es ausgeschlossen ist, die Möglichkeit, Schaden anzurichten, die in der Natur solcher Schiffe liegt, irgendwie aufzuheben. Ferner muß angeführt werden, daß jeder Platz, der einem Kriegstauchboot, fern von seiner Heimstelle, Gelegenheit zur Ruhe und zur Ergänzung seiner Vorräte gibt, sein Kampfvermögen in einem solchen Grade stärkt, daß ein solcher Platz tatsächlich eine Basis für seine Operationen wird. Angesichts dessen stehen die verbündeten Regierungen auf dem Standpunkte, daß U-Boote von der Nutznießung der Vorschriften des Völkerrechts ausgeschlossen werden müssen, soweit sie die Zulassung von Kriegs- oder Kauffahrteischiffen in neutralen Gewässern, Fahrstraßen oder Häfen und ihren Aufenthalt daselbst betreffen. Jedes einer kriegführenden Macht angehörige U-Boot, das einen neutralen Hafen anläuft, sollte dort festgehalten werden."

Es gehört ein starkes Maß Naivität von seiten der Regierungen der Alliierten dazu, die in dem Memorandum enthaltenen Forderungen an die Neutralen zu stellen. Nichts spricht besser für die Sorge, die auf seiten unserer Feinde vor der ständig wachsenden U-Boot-Gefahr — gleich, ob Kriegs- oder Handelsunterseeboot — herrscht als das Memorandum. Daß jeder wirklich neutrale Staat das Ansinnen, das nun an ihn gestellt wird, zurückweisen wird, unterliegt kaum einem Zweifel. Nach den seekriegsrechtlichen Bestimmungen kann kein neutraler Staat einem Handelsschiff — also auch nicht dem Handelstauchschiff — den Aufenthalt in seinen Häfen und Gewässern untersagen. Das Gastrecht, das Kriegsschiffe — somit auch Kriegsunterseeboote — beanspruchen dürfen, ist genau geregelt. Der neutrale Staat hat jedem Kriegsschiff mindestens einen Aufenthalt von 24 Stunden in seinen Territorialgewässern zu bewilligen. Er kann, dann muß es allerdings allgemein geschehen, auch längeres Verweilen erlauben. Der Aufenthalt des fremden Kriegsschiffs darf nicht zur Anbordnahme von Mannschaften und Kriegsmaterial, sondern nur von Lebensmitteln und Brennstoff benutzt werden. Auch dürfen dringende Reparaturen am Schiffskörper und an den Maschinen ausgeführt werden. Die Frist für den Aufenthalt des betreffenden Kriegsschiffs im Hafen darf vom neutralen Staat ausgedehnt werden, falls besondere Reparaturen es notwendig machen oder schlechtes Wetter ein Auslaufen des Schiffes verbietet. Brennstoff darf in einer Menge eingenommen werden, die es dem Schiff erlaubt, den nächsten Heimathafen zu erreichen. Eine Erneuerung des Brennstoffs in demselben neutralen Hafen darf erst nach 3 = drei Monaten wieder vorgenommen werden. Allerdings ist jeder neutrale Staat ermächtigt, seine Häfen vollständig für fremde Kriegsschiffe zu sperren, beziehungsweise nur unter starker Einschränkung den Aufenthalt zu erlauben. In diesem Fall sind aber das Verbot beziehungsweise die Beschränkung gleichmäßig auf alle Kriegführenden anzuwenden. Wie man erkennt, gelten diese völkerrechtlichen Abmachungen nur für Kriegsschiffe. Handelsschiffe werden von ihnen nicht berührt.

In der Praxis liegt die Sache so, daß die Kriegsunterseeboote der Mittelmächte den Aufenthalt in neutralen Gewässern und vor allem in neutralen Häfen meiden. Nur zwei Ausnahmefälle wurden bekannt. Am 21. Juni d. J. ankerte „U 35“ zu kurzem Besuch in Cartagena und am 8. Oktober „U 53“ für zwei Stunden in Newport. Unter allen Umständen haben sich unsere Kommandanten stets bemüht, den Regeln des Seerechts zu genügen, während gegen diese Regeln wissentlich und mit Vorsatz z. B. von englischen Befehlshabern verstoßen wurde. Es sei nur an den Fall „Highflyer“-„Kaiser Wilhelm der Große“ am 26. August 1914 in Rio del Oro und an den Fall „Glasgow“-„Dresden“ am 14. März 1915 bei Juan Fernandez erinnert.

Im Memorandum wird verlangt, die neutralen Regierungen sollen U-Boote davon abhalten, ihre Gewässer zu benutzen. Wie stellt man sich es vor, daß diese Forderung erfüllt wird? Das Memorandum sagt ja selbst: „U-Boote können sich der Kontrolle durch Untertauchen entziehen!“ Ferner bringt das Memorandum zum Ausdruck, daß die Nationalität eines selbst über Wasser fahrenden Unterseeboots nicht festzustellen sei. Wollten die Neu-

traken rigoros gegen jedes Unterseeboot vorgehen, dann könnten recht unliebsame Verwechselungen erfolgen! Weiter heißt es im Memorandum jeder Platz, der einem U-Boot zwecks Ruhe und Ergänzung seiner Vorräte zur Verfügung stände, sei tatsächlich als eine Basis für seine Operationen anzusehen. Das ist jedoch mehr oder minder bei jedem Kriegsschiff der Fall!

Unsere Feinde wissen sehr wohl, daß sie mit ihrem Memorandum, soweit es sich auf Kriegsunterseeboote bezieht, einen Schlag ins Wasser tun. Die Tendenz geht auch vornehmlich darauf hinaus, unseren Handelstauchschiffen den Verkehr mit nordamerikanischen Häfen abzuschneiden. England und Franzosen sahen ein, daß sie diesem Verkehr machtlos gegenüberstehen. Nun, da ihre Kriegsschiffe nicht imstande sind, deutsche Tauchhandelsschiffe aufzubringen, versuchen sie es auf dem Wege neuer völkerrechtlicher Gedankengänge, die sie den neutralen Regierungen aufnötigen. Diese Gedankengänge entbehren jedoch jeder Logik, jedes rechtlichen Empfindens, und so werden sie sich kaum des Eingangs in den internationalen Gebrauch erfreuen. Ganz abgesehen davon, daß es nicht angeht, mitten im Kriege neuartige seerechtliche Grundsätze aufzustellen. Bisher sträubten sich ja auch unsere Feinde gegen derartige Versuche, nämlich wenn es ihnen nicht behagte. Ohne zu großem Optimismus zu huldigen, darf man die Erwartung aussprechen, daß der im Memorandum zum Ausdruck gebrachte Versuch, uns erneut in unserer Kriegsführung zu behindern, einer mit untauglichen Mitteln genannt werden darf, daß aller Voraussicht nach keine neutrale Regierung den Forderungen der Alliierten nachgehen wird. Im anderen Fall würde ihre Illoyalität gar zu klar zutage treten.

Die Berichte der feindlichen Heeresleitungen.

Französischer Heeresbericht vom 11. Oktober nachmittags: Südlich von der Somme bauten die Franzosen die gestern eroberten Stellungen aus und erweiterten sie an einzelnen Stellen durch Handgranatenkampf. Die Zahl der Gefangenen beträgt 1377, darunter 26 Offiziere. Nördlich von der Somme keine Ereignisse von Bedeutung. In der Champagne und an der Maas im Abschnitt von Fleury wurde ein kleiner deutscher Angriff, ehe er die Gräben erreicht hatte, abgeschlagen. In den Vogesen unternahmen die Deutschen nach heftigen Artillerievorbereitungen einen kräftigen Angriff auf das „Schönholz". Einzelne Abteilungen erreichten die französischen Gräben, sie wurden jedoch mit ernstlichen Verlusten vollständig wieder im Handgranatenkampf vertrieben. Deutsche Flugzeuge warfen Bomben auf Gérardmer und Belfort. Der Schaden ist unbedeutend. Weittragende Geschütze warfen fünf Granaten erfolglos in Richtung auf Belfort.

Französischer Heeresbericht vom 11. Oktober abends. In der Gegend der Somme beiderseitige Artillerietätigkeit auf beinah der ganzen Front Morval—Chaulnes. Der Feind machte zwei heftige Angriffe auf unsere neuen Stellungen im Walde von Chaulnes. Sie wurden nach lebhaften Nahkämpfen zurückgeworfen. Handgranatenangriffe am Rande des Waldes von St. Pierre-Vaast wurden gleichfalls abgewiesen. Die Gesamtsumme der in den gestrigen Kämpfen südlich der Somme gemachten Gefangenen beläuft sich auf 1752, darunter zwei Bataillonskommandeure und 25 andere Offiziere. An der übrigen Front die gewöhnliche Artillerietätigkeit.

Orientarmee: Auf dem rechten Flügel überschritten britische Streitkräfte die Eisenbahn und besetzten Prosenik. Im Zentrum nahmen wir die ersten feindlichen Linien auf den Höhen westlich von Gewgheli. Auf dem linken Flügel hat die bulgarische Armee Verstärkungen erhalten und leistet verzweifelten Widerstand. Die serbischen Truppen machten vom 1. bis 10. Oktober 2613 Gefangene.

Englischer Heeresbericht vom 11. Oktober nachmittags: Erfolgreiche kleinere Unternehmung gegen feindliche Laufgräben südlich von Hulluch.

Englischer Heeresbericht aus Saloniki vom 11. Oktober: Während des Tages besetzten wir Topolowa und Prosenik. Eine feindliche Kavallerieabteilung wurde von einer berittenen Brigade südlich von Seres zerstreut.

Italienischer Heeresbericht vom 11. Oktober: Auf dem Pasubio fand gestern ein sehr lebhafter Kampf statt, der mit einem glänzenden Erfolg für uns endete. Nachdem wir während der Nacht heftige feindliche Gegenangriffe abgeschlagen hatten, begannen wir in der Frühe trotz ungünstiger Witterungsverhältnisse wieder eine starke und wirksame Beschießung der feindlichen Linien mit Kanonen und Bombenwerfern. Darauf bemächtigte sich unsere Infanterie in wütenden Stürmen des ganzen dichten Netzes der feindlichen Schützengräben im Abschnitt des Cosmagnon und dehnte unsere Besetzung auf dem ganzen Abhang des Menerle und auf den ersten südlichen Abhängen des Bolte aus. Bisher zählten wir 350 Gefangene, darunter 10 Offiziere. Wir erbeuteten außerdem eine große Menge Waffen und Munition. Im Travignolotal gelang es dem Gegner am Abend des 9. Oktober durch einen mit starken Kräften unversehens unternommenen Angriff, an einigen Punkten in unsere vorgeschobenen Gräben einzudringen, er wurde jedoch durch einen Gegenangriff sofort wieder hinausgeworfen. An der Front der Julischen Alpen herrschte auch gestern starke Artillerietätigkeit, die am Vormittag durch Nebel behindert wurde. Am Nachmittag drang unsere Infanterie durch einen entschlossenen Angriff im Gebiet östlich von Vertobizza in einen Abschnitt der starken feindlichen Linie zwischen Sober und Vertoiba ein. Wir machten 861 Gefangene, darunter 25 Offiziere, und nahmen drei Maschinengewehre. Auf dem Karst ging unsere Infanterie, nachdem das Netz der feindlichen Verteidigungslinien durch das heftige und genaue Feuer der Artillerie und Bombenwerfer zerstört war, zum Sturm über und eroberte fast die ganze Linie der zahlreichen feindlichen Schützengräben im Abschnitt der Front zwischen der Wippach und der Höhe 208. Nova Villa und die sehr stark befestigten Höhen rings um die Höhe 208 wurden von uns nach erbittertem Kampf besetzt. Bisher zählten wir 5034 Gefangene, darunter 164 Offiziere. Wir machten reichen Beute an Waffen und Munition.

Auslieferung der griechischen Flotte und griechischer Eisenbahnen an die Entente.

Ein Ultimatum des französischen Flottenchefs an die griechische Regierung.

Athen, 11. Oktober. (Reuter-Meldung.)

Der französische Flottenchef richtete ein Ultimatum an die griechische Regierung, worin er mit Rücksicht auf die Sicherheit der Flotte der Alliierten die Auslieferung der gesamten griechischen Flotte bis auf den Panzerkreuzer „Georgios Averoff" und die Linienschiffe „Lemnos" und „Kilkisch" bis 1 Uhr nachmittags fordert. Ebenso wird die Uebergabe der Piräus—Larissa-Eisenbahn verlangt.

Bern, 12. Oktober. (W. T. B.)

Uebereinstimmende Meldungen der „Tribuna" und des „Secolo" wollen wissen, daß die griechische Regierung in die Auslieferung der griechischen Flotte an die Alliierten gewilligt habe. Laut „Giornale d'Italia" sollen auch die griechischen Eisenbahnen übergeben worden sein.

Der deutsch-schweizerische Wirtschaftsvertrag

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Bern, 11. Oktober.

Auf die Einladung eines Initiativkomitees, aus Vertretern der Metallindustrie des Berner und Neuenburger Jura bestehend, fanden sich heute in Freiburg Industrielle der ganzen Schweiz zur Stellungnahme zum neuen deutsch-schweizerischen Handelsvertrag ein. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß der Vertrag auf die Metallindustrie von katastrophaler Wirkung sein könnte. Die Auffassung wurde geteilt gemacht, daß nach einer bereits früher mit dem Bundesrat ausgetauschten Meinungsäußerung das vorhandene Eisenlager zur Ausfuhr trotz Abschluß des Vertrages zuzulassen sei. Aus der Mitte der Versammlung wurde darauf hingewiesen, daß man versuchen solle, die Rohstoffe aus Spanien und Amerika über Frankreich zu erhalten. Die französische Regierung habe zugesagt, solche Transporte nach der Schweiz beschleunigt passieren zu lassen. Die Versammlung bestellte aus ihrer Mitte eine Kommission, die beim Bundesrat die nötigen Schritte einzuleiten habe. Sie faßte folgende Resolutionen: „Die 56 Vertreter der Metallindustrie beschließen eine Delegation zu ernennen, die sich zum Bundesrat begibt, um sich über die Anwendung der Bestimmungen des deutsch-schweizerischen Vertrages erkundigen und der Versammlung Bericht zu erstatten. Dieselbe beschließt ferner, wenn die vom Bundesrat erhaltene Auskunft nicht die Möglichkeit bietet, die Arbeit fortzusetzen, werde sie die nötigen Schritte unternehmen, um die Freiheit des Handels und der Industrie gemäß den verfassungsrechtlichen Garantien zu schützen und beim Bundesrat gemeinsame Schritte zu unternehmen, welche den Forderungen gerecht werden."

Leider läßt die Resolution den Ausweg unberücksichtigt, der in der Lieferung der Rohstoffe durch die Entente oder aus Spanien und Amerika besteht.

Der Widerhall der gestrigen Reichstagssitzung.

Bemerkenswerterweise ist die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" mit dem Verlauf der gestrigen Reichstagssitzung zufrieden. Sie stellt, an der Spitze ihrer heutigen Nummer, zunächst fest, daß überall der Wille vorherrschte, die Gedanken auf das siegreiche Ende des Krieges hinzuleiten, und faßt ihre Eindrücke dahin zusammen:

„Wenn auch unerfreuliche Erscheinungen, die eine so breiten Raum in den Erörterungen der letzten Zeit einnahmen, nicht unbesprochen blieben, so läßt sich doch sagen, daß diese Dinge im großen und ganzen mit Maß behandelt worden sind. Wir möchten wünschen, daß unsere Oeffentlichkeit sich auch in diesem Punkte ein Beispiel an der Art nehmen möge, wie sie im Reichstag zur Sprache gebracht wurde. Es schien die Stimmung zu herrschen, daß wir dies Kapitel endlich und endgültig abschließen sollten. Das feindliche Ausland hat, nach den aufgeregten Artikeln seiner Presse zu urteilen, von der heutigen Verhandlung ein Fest erwartet. Es wird getäuscht sein. Es hat wiederum das deutsche Volk in seinen Vertretern einig gesehen. Von keiner Seite ist auch dies wollen wir noch betonen Schönfärberei betrieben worden. Niemand hat dem Ernste der Zeit den wir alle kennen und würdigen, nicht offen ins Auge geblickt. Daß dies mit dem festesten Vertrauen zum Siege unserer guten Sache geschehen konnte, dafür danken wir unseren Kämpfern zu Lande und zur See. Wo ihrer die Redner gedachten klang hell und stark der Beifall von allen Bänken."

Nicht ganz so beifallsfreudig sieht die „Kreuzzeitung" die Dinge an. Sie macht kein Hehl daraus, daß die Verhandlungen ihren Erwartungen nicht entsprochen haben. Aber sie hofft, daß der Abg. Graf Westarp mit seinem Bekenntnis zur Notwendigkeit des uneingeschränkten U-Boot-Krieges zugleich im Namen anderer gesprochen habe. Zu diesem Zwecke beruft sie sich auf eine Meldung der „Kölnischen Volkszeitung" in folgender Weise:

„Nach einem Berliner Drahtbericht der „Kölnischen Volkszeitung" hat in den Ausschußberatungen auch das Zentrum im Gegensatz zu seiner Stellungnahme im Frühjahr dieses Jahres, die auf ein non liquet hinausgelaufen sei, sich klar und ohne Zweideutigkeit für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg ausgesprochen unter der einzigen Bedingung, daß die Oberste Heeresleitung sich für ihn ausspreche. Trifft diese Darstellung des Blattes zu, was zu bezweifeln wir keinen Anlaß haben, so wäre es doch wohl richtiger gewesen, wenn eine entsprechende Erklärung ebenfalls vor versammeltem Reichstage abgegeben worden wäre, statt in einem, wenn auch führenden, so doch nicht unbestrittenen Parteiblatt. Seine politischen, diplomatischen und wirtschaftlichen Bedenken hätte das Zentrum danach also fallen lassen, und damit stünden wir vor der Tatsache, daß die große Mehrheit der bürgerlichen Parteien des Reichstages und wohl auch die Mehrheit des Reichstages überhaupt grundsätzlich für den U-Boots-Krieg ist. Hätten die gestrigen Verhandlungen wenigstens diese Feststellung gebracht, so würden sie einen weniger unbefriedigenden Eindruck hinterlassen haben."

Es ist etwas gewagt, im Gegensatz zu den Erklärungen im Plenum auf eine Mehrheit des Reichstags für den uneingeschränkten U-Boots-Krieg schließen zu wollen, nur weil die „Kölnische Volkszeitung", die immer zu der Gruppe der „Uneingeschränkten" gehörte, diese Meldung veröffentlicht. Der Abgeordnete Spahn hat gestern nichts dergleichen gesagt, und die „Germania" interpretiert seine Ansichten noch ausdrücklich durch die nachstehenden Ausführungen:

„Die praktischen Konsequenzen aus dieser Ueberzeugung von der Nützlichkeit, oder wenn man will, Notwendigkeit des schärfsten U-Boot-Krieges gegen England zu ziehen, das ist lediglich Sache der Obersten Heeresleitung, deren Entscheidung nicht vorgreifen zu wollen die Konservativen heute in aller Form erneut erklärt haben. Die Entscheidung der Obersten Heeresleitung ist aber in dieser Frage bisher nicht im Sinne der Alldeutschen und ihres Anhanges gefallen, und damit hätten sie sich zufrieden geben müssen im Bewußtsein, daß nur an dieser verantwortlichen Stelle das letzte Wort gesprochen werden kann und darf."

Das ist doch wohl etwas anderes, als das, was die „Kreuzzeitung", im Vertrauen auf die „Kölnische Volkszeitung", über die Haltung des Zentrums sagt.

Sächsische Industriefragen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Dresden, 12. Oktober.

Nach Mitteilung des Finanzministers im Landtage werden in Sachsen Vorbereitungen zur Ansiedelung großer In-

Neue Tonwerke.

Von [Nachdruck verboten.]

Dr. Leopold Schmidt.

Die Gründe, aus denen das Neue in der Kunst gefordert wird, die Bedingungen, unter denen es in die Erscheinung tritt, sind mannigfach und oft seltsam genug. Seit kurzem fühlt die Berliner Sezession am Kurfürstendamm das Bedürfnis, in ihren engen, akustisch wenig geeigneten Räumen musikalische Aufführungen zu veranstalten. Ganz gewiß aus idealen Gesichtspunkten: der ernste Musiker, der nicht mit dem Strom schwimmt, hat es ja so schwer, in die Oeffentlichkeit zu dringen! Also helfen wir ihm, wo immer es sei. (Hoffentlich kommen die Konzertdirektionen nun nicht auf den Gedanken, die Korridore und Vorräume der Konzertsäle für Bilderausstellungen zu benutzen.) So sitzt man denn zwischen hohen Wandgemälden oder zu Füßen eines als Luther verkleideten Beethoven und hört, während vielleicht die Sehnsucht zu dem betenden Krieger draußen im Garten schweift, neue Musik. Von wem? Natürlich von einem Mann, der noch keine Vergangenheit hat, denn man aber eine Zukunft wünscht. Als solcher wurde uns diesmal Herr Arthur Willner vorgestellt. Als gewandter Pianist trug er aus seinem Klavierwerk „Von Tag und Nacht" mit Karl Flesch eine Violinsonate und später mit James Kwast auf zwei Klavieren „Vorspiel, Variationen und Fuge" über ein eigenes Thema vor. Dazwischen sang die sehr musikalische Johanna Behrend, ein Vortragstalent, wie es scheint, einige Lieder. Sie hatte es nicht leicht, denn der Komponist findet das Charakteristische nicht gerade auf glatten Wegen. Er sucht und grübelt, er schwelgt in modernsten Harmonien und oft recht rücksichtslosen Klangwirkungen. Seine Musik ist ernst und von vornehmer Haltung, die Arbeit eines Könners; aber sie hat nichts Befreiendes, nichts, das mitnimmt und erfreut. Und solcher Musik ist immer am schwersten zu helfen.

Sehr häufig drängt der Konzertbetrieb selbst zur Aufführung neuer Werke. Man will doch unter der Menge auffallen, will seinem Programme ein höheres Interesse sichern, etwas für sich allein haben! Ein durchaus berechtigter Wunsch. Unsere Liedersängerinnen können nicht immer wieder Schubert, Brahms, Hugo Wolf usw. singen und greifen daher nach allem Neuen, was Erfolg verspricht. Den fand neulich Willi Kewitsch mit Gesängen von Hermann Drechsler, die nur als hübsche Miniaturen geschildert wurden, und mit „Liedern eines Falters" von Konrad Ramroth, an denen mir die leichte Faktur und manch stimmungsvoller, malerischer Zug gefiel (zum Beispiel in „Silberne Nacht"). — Auch für die gestierenden Dirigenten ist die „Novität" ein wichtiges Anziehungsmittel. Um als Beethoven- oder Wagner-Dirigent etwas Besonderes zu leisten, bedürfte es auch für den Begabten eines größeren Einflusses auf das Orchester, als die üblichen ein oder zwei Proben gewähren können. Solche Gastspiele geben daher selten ein Bild der Persönlichkeit. Das Neue aber interessiert schon an sich und läßt doch die handwerkliche und geistige Beherrschung des Stoffes so ziemlich erkennen. Der Münchener Ludwig Rüth, der uns als tüchtiger Fachmann am Pult schon begegnet ist, zeigte sich, als er neulich mit den Philharmonikern in der Singakademie musizierte, sehr glücklich in der Interpretation zweier hier noch unbekannter Werke. August Reuß in seiner „Johannisnacht" und Vincenz Reifner in seinen „Bremer Stadtmusikanten" bekennen sich beide zur Programmmusik. Reuß, von Wilhelm Herz' Dichtung „Bruder Rausch" angeregt, schildert einen Elben, der mit seiner Zaubergeige alle Lebewesen aus dem Schlaf weckt und sie in einen Liebestaumel versetzt. Viel Chromatik, die lockende Solovioline — etwas verbrauchte Mittel; aber die Fähigkeit, die gewollte Stimmung zu erzeugen, zu steigern, durch Farbe zu wirken. Das Ganze ein wenig verschwommen in der Zeichnung. Keck und frisch dagegen Reifners Burleske „nach überlieferten alten Holzschnitten". Esel, Hund, Katze und Hahn gesellen sich auf der Wanderung, um in Bremen Stadtmusikanten zu werden, und erleben unterwegs ein lustiges Abenteuer. Das geht natürlich nicht ohne naturalistische Tonmalereien ab; aber die Tierlaute wie die Dorfmusik in der Räuberschenke sind mit soviel Humor, die Gedanken rhythmisch so prägnant, das Ganze so aus dem Handgelenk entworfen, daß trotz des Straußschen Vorbildes, das im Sancho-Pansa-Thema sogar zitiert wird, ein starkes Talent sich enthüllte, an dem man seine Freude haben konnte. Und zu denken, daß der Komponist nicht einmal Berufsmusiker, sondern Stadtschulrat in Prag ist!

Am schönsten, sozusagen normalsten ist natürlich, wenn das öffentliche Interesse für die Aufführung neuer Werke in dem Ruf, in der Stellung ihres Schöpfers begründet ist und von ihm ohne weiteres vorausgesetzt werden darf. In dieser glücklichen Lage befand sich Georg Schumann, als er vergangenen Sonnabend zum Anhören seiner neuesten Klavierkompositionen in die Singakademie berief. Saal und Podium waren überfüllt, und der Direktor dieses Hauses feierte Triumphe als Pianist und Komponist. Schumanns Klavierspiel entwickelte einen Grad von Virtuosität, wie er bei Dirigenten und schöpferischen Musikern nur äußerst selten angetroffen wird, und ist doch in erster Linie vor allem immer musikalische Aussprache. Professor Schumann begann mit der G-moll-Ballade, op. 65, die er, wenn ich nicht irre, schon einmal früher gespielt hat. Dann folgte „Durch Dur und Moll", op. 61, drei Hefte zu je acht Stücken geringeren Umfangs, die sich, so gemischt, sehr zum Konzertvortrag eignen. Es sind darunter sehr reizvolle und interessante Gebilde („Marsch nächtlicher Geister", „Labyrinth", „Zur Jagd", „Walzerträume" u. a. m.), abwechslungsvoll in Form und Stimmung, vom vornehm Salonmäßigen bis zum ernsten Charakterstück. Den stärksten Eindruck aber machte op. 64, eine Folge vortrefflich gearbeiteter, phantasievoller Variationen über ein eigenes Thema, die von einer grandiosen Fuge gekrönt werden. Ein Werk, auf das Schumann stolz sein kann, und für das ihm begeisterter Beifall dankte.

Inzwischen haben nun auch die Philharmonischen Konzerte wieder ihren Anfang genommen. Das erste (am Montag) sah einen glänzend gefüllten Saal, in der Mittelloge die musikfreudige Frau Kronprinzessin voll echter und regster Teilnahme, auf dem Podium Meister Nikisch in alter Frische und als Solistin Lucille v. Weingartner. Auch hier konnte man von einem neuen Werk sprechen, denn des heimgegangenen Max Reger Variationen und Fuge über das erste Thema aus Mozarts A-dur-Klaviersonate erfuhren durch Nikisch und die Philharmoniker eine Beleuchtung, die ihnen Reger selbst, als er sein op. 132 im Februar 1915 im Opernhaus dirigierte, nicht hatte angedeihen lassen. Jetzt erst erschlossen sich ganz die Feinheiten der Stimmführung, der für Reger ungewöhnliche instrumentale Wohlklang und der Aufbau der genialen Schlußfuge. Reger hat uns kaum etwas Reiferes und Gewinnenderes zurückgelassen. Die Ovationen, die man Nikisch und dem Orchester darbrachte, ließen keinen Zweifel darüber, daß hier ein Akt der Pietät zugleich ein künstlerisches Erlebnis gewesen war. Lucille v. Weingartner hatte zuvor, wohl nicht ohne Befangenheit (die immer für künstlerisches Empfinden spricht) mit der Susannenarie aus dem „Figaro" eingesetzt; die Intonation parierte nicht ganz, und der Ausdruck blieb ein wenig kühl. Später wurde sie wärmer und gewann sich die Hörer mit drei von ihrem Gatten schlicht und fein instrumentierten Liedern von Schubert (besonders mit „Nacht und Träume"). Da hörte man wieder die wundervolle, farbige, weich und voll flutende Stimme, die schon beim ersten Erscheinen der Sängerin (im Blüthnersaal) entzückte und deren leicht erkennbare Mängel nach meiner Ueberzeugung in der ausländischen Vokalisierung wurzeln und mit ihr zu beseitigen wären. Auch die Solistin wurde durch lebhaften Beifall ausgezeichnet. Dann schloß der Abend mit Brahms' E-moll-Symphonie, der Nikisch zweifellos der beste lebende Interpret ist.

dustrieunternehmungen getroffen, und zwar zur Erzeugung notwendiger Massenartikel. Daher, sagte er, sei die Erschließung weiterer Kohlenfelder unerläßlich.

Die Behandlung der Gefangenen.

Vertrauliche Beratungen des Hauptausschusses.

Der Hauptausschuß des Reichstags setzte heute die Beratung der Behandlung der Gefangenen im Inlande und Auslande fort, und zwar zum Teil in vertraulicher Aussprache. Ein elsässischer Abgeordneter ersuchte in einer vorgelegten Entschließung den Reichskanzler, eine Vereinbarung mit der französischen Regierung zu erstreben, die bewirkt:

1. daß die trotz des im Januar dieses Jahres abgeschlossenen Auslieferungsvertrages noch in Gefangenschaft zurückgehaltenen Frauen, Kinder und über 55 Jahre alten oder kriegsuntauglichen Männer baldigst freigegeben werden;
2. daß die in jenem Auslieferungsvertrag für die Männer festgesetzte Altersgrenze von 55 Jahren auf die für unsere Militärpflicht geltende Zahl 45 herabgesetzt werden, wie das in letzter Zeit von seiten Englands geschehen ist;
3. daß diejenigen, die weiter in Gefangenschaft verharren müssen, vertragsmäßig den kriegsgefangenen Soldaten in jeder Hinsicht gleichgestellt werden;
4. daß noch zahlreicher, als bisher geschehen, kranke Zivilgefangene zur Erholung nach der Schweiz gesandt werden;
5. daß die gegenseitige Verpflichtung, die über Militärpersonen verhängten Arrest- und Gefängnisstrafen bis Beendigung des Krieges auszusetzen, auch auf die Zivilgefangenen ausgedehnt wird;
6. daß die schreienden Mißstände in verschiedenen Gefangenenlagern, insbesondere dem der Chartreuse près le Puy beseitigt werden.

Die Sozialdemokraten haben eine Entschließung vorgelegt,

die Löhnung unserer Gefangenen

an deren Angehörige in allen Fällen zu zahlen, wo dies zur Unterstützung der Gefangenen notwendig erscheint.

Ein nationalliberaler Redner verwies auf die zunehmende Widersetzlichkeit mancher russischen Gefangenen — wogegen Maßnahmen als zulässig zu erachten seien —, unter besonderer Hervorhebung der Besonnenheit der deutschen Bewachungsmannschaften.

Ein Fortschrittler wünschte, bei Vergehen von Gefangenen ein geordnetes Rechtsverfahren durchzuführen und nicht, namentlich in schweren Fällen, die Bestrafung dem Kommandanten zu überlassen.

General Friedrich äußerte sich zu dieser Frage und teilte mit, in welchen Fällen kriegsgerichtliche Entscheide herbeigeführt würden. Mißhandlungen würden nicht geduldet, und Uebergriffe gegenüber Gefangenen seien stets bestraft worden.

Ein sozialdemokratischer Redner erkannte an, daß für die Gefangenen in Deutschland im allgemeinen gut gesorgt werde, und gab zu, daß manche Gefangene nur widerwillig arbeiteten und schwer zu behandeln seien.

Kleine Anfragen.

Von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft sind folgende zwei Anfragen an den Reichskanzler gerichtet worden:

„Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß der Oberbefehlshaber in den Marken am 8. Oktober das Erscheinen des „Vorwärts" bis auf weiteres „im Interesse der öffentlichen Sicherheit" verboten hat, weil diese Zeitung in ihrer Nummer vom 8. Oktober durch den Artikel „Aus der Hexenküche der Kanzlerfronde" „einen schweren Verstoß gegen den Burgfrieden" begangen habe? Was gedenkt der Herr Reichskanzler dagegen zu tun, daß in dieser Weise unter Berufung auf den angeblichen „Burgfrieden" die Freiheit der Presse unterdrückt wird, und welche Schritte gedenkt er ferner zu tun, um endlich die Freiheit der Presse in Deutschland herzustellen?"

„Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß die Versorgung der Städte mit Kartoffeln nicht in dem vom Kriegsernährungsamt zugesagten Umfange erfolgt, da es zwar den Ueberschußkreisen die Verpflichtung zur Lieferung der Kartoffeln auferlegt, auch bei Nichtlieferung Enteignung zu niedrigeren Preisen androht, sie jedoch nur in so geringem Maße durchführt, daß infolgedessen die Ablieferung der Kartoffeln verzögert und dadurch die Ernährung der Bevölkerung gefährdet wird?"

* Der **Fortschrittliche Bezirksverein „Hasenheide"** hält am Freitag, 13. Oktober, abends 8½ Uhr, in der Schultheiß-Brauerei, Hasenheide 22/31, eine Versammlung ab. Der Abg. Bruchhoff-Guben wird einen Vortrag halten.

D Trauerfeier für Geheimrat v. Czerny. Aus Heidelberg wird uns geschrieben: Eine stimmungsvolle Trauerfeier veranstaltete die Universität Heidelberg für Vincenz v. Czerny. Nach einleitender Musik wurde vom Geistlichen der Lebenslauf des Verewigten geschildert. Abordnungen des badischen Hofes und der badischen Behörden hatten Kränze gesandt. Der Prorektor Geheimer Hofrat Professor Dr. Bezold legte als erster im Namen der Universität und der Akademie der Wissenschaften Kränze am Sarge des Verstorbenen nieder. Ihm folgte der Dekan der medizinischen Fakultät, Geheimer Hofrat Professor Dr. Kossel, dem sich eine große Zahl von Vertretern wissenschaftlicher und anderer Vereinigungen anschloß, deren jeder eine kurze Ansprache am Sarge hielt. Im Auftrage des Deutschen Zentralkomitees und der Internationalen Vereinigung für Krebsforschung waren Ministerialdirektor Professor Dr. Kirchner und Geheimrat Professor Dr. George Meyer erschienen. Alle Redner feierten den Verewigten als Lehrer, Chirurgen, Kriegschirurgen und tatkräftigen Förderer der Krebsforschung in einem langen tatenreichen Leben.

O Osteuropäische Vorlesungen am Hamburgischen Kolonialinstitut. In diesem Wintersemester werden am Hamburgischen Kolonialinstitut lesen: Professor Dr. Salomon: Geschichte der russischen Großmacht bis zur Gegenwart; Geschichte der baltischen Provinzen; Uebungen zur baltischen Geschichte und Lektüre russischer Texte. Hofrat v. Kleinenberg hält Kolleg über: Russisch für Anfänger; Russisch für Teilnehmer am Anfängerkursus im Sommersemester 1916; Lettisch für Anfänger; Polnisch für Anfänger und Polnisch für Fortgeschrittene. Dr. Byhan hält eine zweistündige Vorlesung über Bulgarisch.

Wissenschaftliche Nachrichten. Zum Leiter der ersten medizinischen Klinik der Berliner Universität ist auch für das kommende Wintersemester in Vertretung von Geheimrat His, der sich im Felde befindet, Professor Paul Fleischmann ernannt worden.

Der zurzeit in Warschau tätige Geheime Archivrat Professor Dr. Adolf Warschauer, Direktor des königlichen Staatsarchivs in Danzig, begeht am 13. Oktober den 60. Geburtstag. Geheimrat Warschauer, geboren zu Kempen, Provinz Posen, war früher lange Jahre am Staatsarchiv zu Posen, zugleich als Professor für Landesgeschichte an der dortigen Akademie nebenamtlich tätig. Im Herbst 1912 erfolgte seine Ernennung zum Archivdirektor in Danzig. Zahlreiche Schriften veröffentlichte er zur Geschichte der Provinz Posen.

Der Privatdozent für römisches und bürgerliches Recht an der Tübinger Universität, Dr. jur. Max Ludwig Müller, ist gefallen.

Militärische Kaninchenzucht.

Ausstellung im Exerzierhaus in der Karlstraße.

Eine große militärische Kaninchenausstellung, an der sich fast alle Groß-Berliner Truppenteile, Lazarette, Sammelstellen und sonstigen militärischen Dienststellen beteiligen, wird in den Tagen vom 21. bis 24. Oktober im Exerzierhaus des Ersatzbataillons vom 2. Garderegiment zu Fuß in der Karlstraße 12 veranstaltet. Wie bekannt, hatte der kommandierende General des Gardekorps v. Loewenfeld schon vor einigen Monaten in einer Verfügung an die Truppen des Gardekorps auf die Wichtigkeit der Förderung der Kaninchenzucht hingewiesen. Soweit es die Verhältnisse gestatteten, wurden daraufhin überall bei militärischen Dienststellen Kaninchenzüchtereien eingerichtet, die inzwischen einen sehr erheblichen Umfang angenommen haben. Der Hauptwert war auf die wirklich praktische Nutzungszucht zu legen, während die sportliche Seite vollständig in den Hintergrund zu treten hatte. Es handelte sich vor allem darum, den Mangel an Zuchtkaninchen zu beheben und die Zucht durch größtmögliche Vermehrung der Zuchttiere zu fördern. Dieses Ziel ist ohne Frage erreicht worden. Es ist beabsichtigt, durch Vorträge den Zweck der Ausstellung und den Stand der Kaninchenzucht im Bereiche des Gardekorps in allgemeinverständlicher Weise klarzulegen. An die Vorträge wird sich eine gegenseitige Aussprache über die einzelnen Zuchtmethoden und über die Erfolge oder Mißerfolge der Aussteller knüpfen, um dadurch eine Belehrung über diesen Zweig der Kleintierzucht in weite Kreise zu tragen. Die Ausstellung wird einen von ähnlichen Veranstaltungen abweichenden Charakter insofern tragen, als von jeder Künstelei abgesehen wird. Den Ausstellern ist zur Pflicht gemacht worden, die Kaninchen genau in den Kästen oder Behältern auszustellen, in denen sie gezogen und gemästet wurden. Es soll hierdurch gezeigt werden, mit wie geringen Mitteln zweckmäßige Einrichtungen für die Kaninchenzucht geschaffen werden können. Auf der Ausstellung wird auch Gelegenheit geboten werden, Kostproben von zubereitetem Kaninchenfleisch zu erhalten; ferner soll den Besuchern Gelegenheit geboten werden, sich von der Verwertung der Felle und des Leders zu überzeugen. Interessant ist übrigens die Bestimmung, daß zwei Tage der Ausstellung lediglich den Berliner Schulen vorbehalten bleiben, nämlich Montag, der 23. Oktober und Dienstag, der 24. Oktober. An diesen beiden Tagen sollen die Schulkinder in Begleitung ihrer Lehrer freien Eintritt zu der Schau haben. Mit der Ausstellung ist auch eine Prämiierung verknüpft, zu der die Landwirtschaftskammer der Provinz Brandenburg mehrere Medaillen und Besitzzeugnisse zur Verfügung gestellt hat. Außerdem wird der kommandierende General des Gardekorps v. Loewenfeld noch fünf erste, zehn zweite und fünfzehn dritte Preise für erfolgreiche Leistungen in Zucht und Mast von Kaninchen zur Verteilung bringen lassen.

Prinz Joachim Albrecht von Preußen, der einer Jäger-Brigade zugeteilt ist, wurde, wie amtlich bekanntgegeben wird, zum Oberstleutnant befördert.

Charlottenburger Stadtverordnetenwahlen. In der nächsten Woche finden, wie gemeldet, in Charlottenburg Stadtverordnetenersatzwahlen für die ausgeschiedenen Stadtverordneten Ahrens, Professor Dr. Frank und Ingenieur Gredy statt. Als Kandidaten sind die Herren Landtagsabgeordneter Gutsbesitzer Hofer, Geheimer Regierungsrat Professor der Technischen Hochschule Dr. Brix und Landbauinspektor Gerhard aufgestellt worden. Da Gegenkandidaten bisher nicht aufgestellt worden sind und im Zeichen des Burgfriedens wohl auch nicht mehr aufgestellt werden, so dürfte die Wahl der vorgeschlagenen Herren gesichert sein.

Die Lebensmittelversorgung Friedenaus und die J. E. G. In der letzten Sitzung der Gemeindevertreterversammlung in Friedenau erhob, wie gemeldet, Bürgermeister Walger Anklagen gegen die Zentraleinkaufsgesellschaft. Er vertrat den Standpunkt, daß vieles besser stände, wenn man den Gemeinden freie Hand gelassen hätte. Besonders sei der Ankauf dringend nötiger Lebensmittel sehr oft durch Versagen der Genehmigung seitens der J. E. G. der Gemeinde unmöglich gemacht worden. Die J. E. G. versucht jetzt die Mitteilungen des Friedenauer Bürgermeisters in einer Zuschrift an uns zu entkräften und bemerkt zu dem Vorwurf, die J. E. G. habe die Erlaubnis zur Einfuhr von Schlackwurst verweigert, daß es nicht feststellbar sei, ob sich die Gemeinde wegen der Freigabe der Wurst an die J. E. G. gewandt habe. In jedem Falle hätte aber ein derartiges Gesuch der Gemeinde Friedenau abschlägig beschieden werden müssen. Dadurch, daß der J. E. G. das alleinige Recht verliehen wurde, ausländische Fleischwaren in Verkehr zu bringen, soll eine preistreibende Einkaufskonkurrenz auf den ausländischen Märkten ausgeschlossen und die Grundlage für die Möglichkeit einer gleichmäßigen Verteilung der insgesamt zur Einführung gelangenden Mengen geschaffen werden. Diese Möglichkeit insbesondere würde durch die Gestaltung von Sonderbezügen zugunsten einzelner Gemeinden oder sonstiger begrenzter Personenkreise vereitelt werden. Auf die Erklärung, daß die J. E. G. Heringe zu höheren Preisen verkaufe, als der Gemeinde von Händlern angeboten würden, bemerkt die Gesellschaft, daß es sich bei den Händlern wahrscheinlich um kleinere Fässer mit geringerem Nettoinhalt handele. Was schließlich die Angaben Walgers über die Reisversorgung Friedenaus betrifft, so glaubt die J. E. G. die Sache damit aus der Welt zu schaffen, daß sie behauptet, die Mitteilungen wären unrichtig.

≋ **Theater im Reich.** Die Uraufführung von Frank Wedekinds „Karl Hetmann" findet am nächsten Sonnabend im Neuen Schauspielhaus in Königsberg statt. — Hermann Bahrs Schauspiel „Die Stimme" wird am 18. Oktober am Hoftheater Darmstadt, am Hoftheater Braunschweig, Stadttheater Köln, Deutschen Schauspielhaus Hamburg und Schauspielhaus Düsseldorf zur Aufführung gelangen. — Die Vereinigung ehemaliger Meininger Hofschauspieler, welcher das Theater und der gesamte Fundus überlassen wurde, hatte an den Gemeinderat der Stadt Meiningen die Bitte um bedingungslose Bewilligung von 10 000 Mark Zuschuß gerichtet. Der Gemeinderat beschloß, der Vereinigung einen festen Zuschuß von 1000 Mark und 14 000 Mark als Garantiesumme zu bewilligen. — „Das rote Tuch", ein Lustspiel von Hans L'Arronge, hatte im Stadttheater zu Kottbus die Uraufführung. Der uralte Gegensatz zwischen Künstler und Kritiker wird als Anlaß zu einer ziemlich schablonenhaften Lustspielverwicklung benutzt. Die Aufnahme war freundlich. — Im Stadttheater in Guben, das auch in diesem Jahre unter der Regie der „Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger" und Leitung des Direktors Heinzel von Kurtheater Baden-Baden steht, wurde das Lustspiel „Perlen" von Lothar Schmidt mit Erfolg aufgeführt. — Das Leipziger Stadttheater wird demnächst den von Geheimrat Martersteig bearbeiteten „Demetrius" von Hebbel zur Aufführung bringen.

Deutsches Theater in New-York. Hans Bartsch, der vom Herbst ab im New-Yorker Bandbox-Theater deutsche Aufführungen veranstalten wollte, hat sich mit Direktor Rudolf Christians vom Irving-Place-Theater vereinigt. Christians und Bartsch werden die beiden Theater unter dem Namen Vereinigte deutsche Theater gemeinsam führen. Das Irving-Place-Theater soll in Zukunft besonders der Pflege der Operette gewidmet sein, während das Bandbox-Theater jenen dramatischen Werken ein Heim bieten wird, die einen intimeren Rahmen verlangen. Das Irving-Place-Theater wurde mit „Wie einst im Mai", das Bandbox-Theater mit Ludwig Fuldas Lustspiel „Das Exempel" eröffnet.

Theaterchronik. Bei der am Sonnabend im Residenztheater stattfindenden Neueinstudierung „Der gutsiptende Frack" sind in den Hauptrollen Carl Forest, Harry Liedtke und Dr. Rudolf Blümner tätig.

Im Lustspielhaus geht am Freitag „Der selige Balduin" zum 200. Male in Szene.

Keine „Marmeladekarten".

Seit einigen Tagen werden in Berlin wie in anderen Städten, offenbar geflissentlich, Gerüchte verbreitet, auch die Marmelade solle, wahrscheinlich durch Einführung einer besonderen Karte, rationiert werden, sogar eine bestimmte Kopfmenge — 125 Gramm pro Woche! — wird genannt. Die Folge ist auch hier wieder ein wildes „Hamstern", der übliche Sturm auf die Marmeladegeschäfte, das öffentliche und heimliche Emporschnellen der Preise, die weitere Folge, daß in fast allen Berliner Geschäften bereits seit zwei Tagen Marmelade ausverkauft ist. Nun ist aber, wie wir auf Grund von Erkundigungen an amtlicher Stelle mitteilen können, an jenen Gerüchten kein wahres Wort: eine Rationierung irgendwelcher Art ist nicht in Aussicht genommen, und soweit Erwägungen über die Marmeladeversorgung im Gange sind, haben sie sich jedenfalls zu dem Gedanken der Einführung einer „Marmeladenkarte" nicht verstiegen. Naturgemäß muß das Kriegsernährungsamt beizeiten sich darum kümmern, daß der erforderliche Marmeladebedarf für das Heer und für die Zivilbevölkerung gedeckt und die Marmeladeindustrie zu diesem Zweck mit den notwendigen Rohobstmengen versorgt wird. Diesem Ziele dienten und dienen die bekannten Maßnahmen der Beschlagnahme von Pflaumen, Aepfeln usw. Die Obsternte in Deutschland ist aber erfreulicherweise so groß, daß mit Hilfe dieser und, wenn es sein muß, anderer Zwangsmaßnahmen der Bedarf der Industrie und demnächst des Publikums unbedingt gesichert ist.

Eine Besichtigung der städtischen Kriegseinrichtungen durch die Reichstagsabgeordneten findet am nächsten Sonnabend statt. Die Abgeordneten begeben sich zuerst nach dem städtischen Schlachthof, wo das am Tage vorher geschlachtete Vieh zerlegt und den 64 Gruppenvorständen der Schlächtermeister für die nächste Woche überwiesen wird. Die Gruppenvorstände nehmen dann auf dem Viehhof die Verteilung an die einzelnen Geschäfte vor.

Stiftung an die Berliner Handelskammer. Kommerzienrat Louis Schlesinger hat der Handelskammer zu Berlin die Summe von 40 000 Mark überreicht als Grundstock zur Begründung einer Stiftung für Witwen und Waisen von im Kriege gefallenen Berliner Kaufleuten mit Bevorzugung der Interessenten der Berliner Leder- und Häutebranche.

Das Zölibat der Lehrerinnen. Die Petition der städtischen Lehrerinnen in Schöneberg wegen Aufhebung des Eheverbots gelangte gestern im Petitionsausschuß zur eingehenden Beratung. Die Schuldeputation hatte mit Stimmengleichheit die Petition angenommen, wobei der Vorsitzende, Oberbürgermeister Dominicus, mit seiner Stimme den Ausschlag gab. Das umgekehrte Bild ergab sich in der gestrigen Sitzung des Petitionsausschusses, wobei die Ablehnung mit Stimmengleichheit erfolgte. Das Plenum dürfte sich in der Stadtverordnetensitzung am nächsten Montag auf den gleichen ablehnenden Standpunkt stellen.

Lokomotivheizerinnen auf Stadt- und Ringbahnzügen. Die Staatsbahnverwaltung hat bekanntlich während des Krieges im Eisenbahnfahrdienst weibliche Kräfte als Bahnsteigschaffnerinnen, Zugführerinnen und Streckenarbeiterinnen eingestellt. Jetzt werden auch die Lokomotivheizer durch weibliche Kräfte ersetzt werden; es wird bereits eine größere Zahl von Frauen, die über die zu diesem schweren Beruf notwendige Körpergestaltung und Gesundheit verfügen, zu Lokomotivheizern ausgebildet, um den Dienst auf den Stadt- und Ringbahnzügen zu übernehmen.

Kleine Notizen. Der Bund der Industriellen hat seine Mitglieder auf Dienstag, den 24. Oktober, nach Berlin zu einer nicht öffentlichen Generalversammlung eingeladen. Der Generalversammlung gehen Sitzungen des Vorstandes und des Großen Ausschusses voraus.

Sozialdemokratische Stadtratskandidaten in Lichtenberg. Nach einer Mitteilung des Magistrats von Lichtenberg an die Stadtverordnetenversammlung scheiden am 23. März 1917 die Stadträte Kielblock, Kloster und Glaschke, am 6. April 1917 Stadtrat Koch und am 24. April 1917 die Stadträte Groß und Justizrat Bernhardi aus. Die Wiederwahl dieser Herren würde ohne weiteres erfolgen, wenn nicht die sozialdemokratische Fraktion von neuem den Anspruch erhoben hätte, ebenfalls im Magistrat vertreten zu sein. Die bürgerlichen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung werden diesem Wunsche auch Rechnung tragen und der sozialdemokratischen Fraktion zwei Sitze im Magistrat bewilligen. Für die Stadtratsposten werden die Stadtverordneten Gastwirt Tempel und Krankenkassenbeamter Ritter in Vorschlag gebracht werden.

Verhaftung eines Brotkartendiebes. Ein Brotkartendieb ist gestern ertappt und verhaftet worden. Der 26 Jahre alte Russe Rudolf Wierczniewski, der in der Wasserkorstraße wohnte, war bei der Paketfahrt beschäftigt und hatte die Aufgabe, einen Brotkartenwagen als Schaffner zu begleiten. Die Karten werden in großen Paketen von den Druckereien den einzelnen Brotkartenkommissionen der Stadt Berlin zugefahren. Einer Kommission fiel es auf, daß ein Paket bei der Ablieferung nicht richtig verschnürt war. Sie schöpfte Verdacht gegen den Schaffner und übergab ihn der Kriminalpolizei. Der Verdacht bestätigte sich. Man fand bei dem Russen im Futter der Jacke und anderer Kleidungsstücke nicht weniger als 600 Nahrungsmittelkarten, die er unterwegs aus geöffneten und wieder verschnürten Paketen gestohlen hatte. Die Ermittelungen werden wahrscheinlich noch weitere Kreise ziehen.

Eine Million aus Nichtrauchertagen. Durch die zum Besten unserer Truppen und Lazarette im Felde ins Leben gerufenen Nichtrauchertage ist jetzt die erste Million zusammengekommen. Für die Eingänge wurden zum großen Teil Rauchwaren eingekauft, und zwar in den Zigarrengeschäften; die Tabakindustrie hat also keine Nachteile erlitten. An größeren Spenden sind eingegangen aus: Breslau 110 157 Mark, Liegnitz 9283 Mark, Ratibor 5563 Mark, Hohensalza 3919 Mark, Bromberg 25 000 Mark, Altona 30 851 Mark, Essen 5500 Mark, Dortmund 43 100 Mark, Gotha 3777 Mark, Schwelm 3072 Mark, Gleiwitz 14 000 Mark, Posen 15 000 Mark, Erfurt 35 000 Mark, Plauen 6327 Mark, Königsberg i. Pr. 16 800 Mark, Koblenz 6500 Mark, Danzig 78 280 Mark, Hirschberg 6015 Mark, Düsseldorf 97 000 Mark, Sachsen (Königreich) 216 000 Mark, Stolp 3579 Mark, Zeitz 4100 Mark, Beuthen 3350 Mark, Kiel 50 000 Mark, Wilmersdorf 15 000 Mark, Hamm i. W. 4300 Mark, Kosel 7000 Mark, Barmen 9000 Mark.

Einsturz einer Militärreithalle in Langfuhr. Infolge schweren Sturmes stürzte, wie uns ein Privat-Telegramm meldet, die Reithalle des Telegraphenbataillons in Danzig-Langfuhr ein. Kurz vorher hatten zweihundert Soldaten die Halle verlassen. Die einstürzenden Mauern töteten einen der außenstehenden Soldaten, drei wurden schwer verwundet.

Die Gründung der Kriegs-Rohstoffabteilung.

Walter Rathenau über „Deutschlands Rohstoffversorgung".

Dr. Walther Rathenau, der Präsident der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, hat im Dezember 1915 in einem Vortrage, den er in der Deutschen Gesellschaft 1914 gehalten hat, erzählt, wie auf seine Anregung hin und zuerst unter seiner Leitung bei Beginn des Krieges die Kriegsrohstoffabteilung im Kriegsministerium gegründet wurde. Der Vortrag wird jetzt mit Genehmigung des preußischen Kriegsministeriums im Verlage von S. Fischer (Berlin) in Buchform erscheinen. Wir wollen daraus die folgenden interessanten Stellen wiedergeben:

„Am 4. August des letzten Jahres, als England den Krieg erklärte, geschah das Ungeheuerliche und nie Gewesene: unser Land wurde zur belagerten Festung. Geschlossen zu Lande und geschlossen zur See, war es nun angewiesen auf sich selbst; und der Krieg lag vor uns, unübersehbar in Zeit und Aufwand, in Gefahr und Opfer.

Drei Tage nach der Kriegserklärung trug ich die Ungewißheit unserer Lage nicht länger, ich ließ mich melden bei dem Chef des Allgemeinen Kriegsdepartements, dem Oberst Scheüch, und wurde am 8. August abends freundlich von ihm aufgenommen. Ihm legte ich dar, daß unser Land vermutlich nur auf eine beschränkte Reihe von Monaten mit den unentbehrlichen Stoffen der Kriegswirtschaft versorgt sein könne. Die Kriegsdauer schätzte er nicht geringer ein als ich selbst, und so mußte ich an ihn die Frage richten: Was ist geschehen, was kann geschehen, um die Gefahr der Erwürgung von Deutschland abzuwenden?

Es war sehr wenig geschehen, und es geschah dennoch viel; denn das Interesse des Kriegsministeriums war geweckt. Als ich bekümmert und sorgenvoll heimkehrte, fand ich ein Telegramm des Kriegsministers v. Falkenhayn, das mich auf den nächsten Vormittag in sein Amtszimmer bestellte.

Es war Sonntag, der 9. August. Ich dankte dem Minister und sagte ihm: ich bewunderte, daß er in dieser Mobilmachungszeit in der Lage sei, seine Zeit zu opfern, um sich mit fremden Gedanken zu befassen. Er antwortete, indem er auf seinen Schreibtisch wies: „Sie sehen, dieser Tisch ist leer. Die große Arbeit ist getan, die Mobilmachung ist vorüber; es ist nich eine Reklamation gekommen, und ich habe Zeit, Besuche zu empfangen."

Die Unterhaltung währte einen Teil des Vormittags, und als sie endete, war der Beschluß des Kriegsministers gefaßt, eine Organisation zu schaffen, gleichviel wie groß, gleichviel mit welchen Mitteln; sie mußte wirksam sein und mußte die Aufgabe lösen, die uns auferlegt war. In diesem entscheidenden Augenblick brachte der kühne, verantwortungsvolle Entschluß des preußischen Kriegsministeriums den Wendepunkt auf dem Gebiet, von dem ich zu Ihnen sprechen darf.

Ich wollte mich verabschieden; der Kriegsminister behielt mich dort, indem er mir die unerwartete Zumutung stellte, ich sollte die Organisation dieser Arbeit übernehmen. Vorbereitet war ich nicht; Bedenkzeit wollte ich mir ausbitten, das wurde nicht zugelassen, meine Zustimmung hatte ich zu geben, und so sah ich mich wenige Tage darauf im Kriegsministerium untergebracht.

Die „Kriegsrohstoffabteilung" war durch Ministerialerlaß errichtet; sie hatte einen zweiköpfigen Vorstand, bestehend aus einem Obersten a. D., einem erfahrenen Mann, der gewissermaßen die militärische Deckung darstellte und die Erfahrungen des Kriegsministeriums in unserer jungen Abteilung verkörperte, und mir, dem die Aufgabe gestellt war, die Organisation zu schaffen. So saßen wir in vier kleinen Zimmern zu dritt mit einem Geheimen expedierenden Sekretär, der uns beigegeben war, und dessen praktische Erfahrungen wir in den Fährnissen der Geschäftsordnung schätzen lernten.

Es war Mitte August. Vor meinem Fenster breitete ein wundervoller Ahorn seine Aeste aus und überschattete das Dach. Unten lag der schöne Garten des Kriegsministeriums, darin schritt eine Wache langsam auf und ab; zwei alte Kanonen standen auf dem Rasen in der Sonne. Und hinter dieser friedlichen Stille ein hoher Schornstein; der deutete auf das Riesengebiet der deutschen Wirtschaft, das sich jenseits ausbreitete bis zu unseren flammenden Grenzen. Dieses Gebiet der donnernden Bahnen, der rauchenden Essen, der glühenden Hochöfen, der sausenden Spindeln, dieses unermeßliche Wirtschaftsgebiet dehnte sich vor dem geistigen Auge, und uns war die Aufgabe gestellt, diese Welt, diese webende und strebende Welt zusammenzufassen, sie dem Kriege dienstbar zu machen, ihr einen einheitlichen Willen aufzuzwingen und ihre titanischen Kräfte zur Abwehr zu wecken.

Das erste, was geschehen mußte, war, Menschen zu finden. Ich trat an Freunde heran und gewann als stellvertretendes Vorstandsmitglied meinen Kollegen von der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, Professor Klingenberg. Es gelang mir ferner, meinen Freund v. Moellendorff als Mitarbeiter zu gewinnen, der zuerst in freundschaftlichen Unterhaltungen den Finger auf die ernste Wunde unserer Wirtschaft gelegt hatte. Nun waren wir zu fünft, die Arbeit konnte beginnen.

Die erste Frage, die uns entgegentrat, war die Frage der Deckung. Wir mußten wissen, auf wie viel Monate das Land mit unentbehrlichen Stoffen versorgt war; davon hing jede Maßnahme ab. Die Meinungen der Industriellen widersprachen sich und gingen manchmal um das zehnfache auseinander.

Eine maßgebliche Stelle fragte ich: Wie ist es, kann man eine Statistik über diese Sachen bekommen? „Jawohl," sagte man mir, „diese Statistik ist zu schaffen." Wann? „Etwa in sechs Monaten." Und wenn ich sie in vierzehn Tagen haben muß, weil die Sache drängt? Da antwortete man mir: „Da gibt es keine." Ich mußte sie aber haben, und hatte sie in vierzehn Tagen.

Erforderlich war ein gewagter Griff, eine Hypothese; und diese Hypothese hat sich bewährt. Angenommen wurde, daß das Deckungsverhältnis im Durchschnitt der deutschen Wirtschaft annähernd das gleiche sein müßte wie bei einer größeren, beliebig herausgegriffenen Gruppe. 900 bis 1000 Lieferanten hatte das Kriegsministerium. Wenn wir eine Rundfrage veranstalteten bei diesen Lieferanten und uns nach ihrem Deckungsverhältnis in den verschiedenen Stoffen erkundigten, so konnten wir mit einiger Wahrscheinlichkeit erwarten, die Größenordnung der Deckung des Landes zu bekommen. Auf Bruchteile kam es nicht an, es handelte sich um große Züge. Das Experiment gelang. Nach vierzehn Tagen lichtete sich das Dunkel, nach drei Wochen wußten wir Bescheid. Bei wenigen Stoffen überschritt die Deckung des damals vorhandenen, seither weit überschrittenen Kriegsbedarfs die Frist eines Jahres; fast durchweg war sie erheblich geringer.

Vier Wege waren möglich und mußten beschritten werden, um die Wirtschaft im Lande umzugestalten, um das Verteidigungsverhältnis zu erzwingen.

Erstens: alle Rohstoffe des Landes mußten zwangsläufig werden, nichts mehr durfte eigenem Willen und eigener Willkür folgen. Jeder Stoff, jedes Halbprodukt mußte so fließen, daß nichts in die Wege des Luxus oder des nebensächlichen Bedarfes gelangte; ihr Weg mußte gewaltsam eingedämmt werden, so daß sie selbsttätig in diejenigen Endprodukte und Verwendungsformen mündeten, die das Heer brauchte. Das war die erste und schwerste Aufgabe.

Zweitens: —

Die dritte Möglichkeit, die sich uns erschloß, war die Fabrikation. Wir mußten Bedacht darauf nehmen, daß alles das im Inland erzeugt wurde, was unentbehrlich und unerhältlich war. Wir mußten auch darauf Bedacht nehmen, daß neue Erzeugungsmethoden gefunden und entwickelt wurden, wo die alte Technik nicht ausreichte.

Und nun der vierte Weg: es mußten schwer erhältliche Stoffe durch andere, leichter beschaffbare ersetzt werden. Wo steht es geschrieben, daß diese oder jene Sache aus Kupfer oder Aluminium gemacht werden muß; sie kann auch aus etwas anderem gemacht werden. Surrogate müssen herhalten, altgewohnte Fabrikate müssen aus neuen Stoffen geschaffen werden. Wenn die alten sich störrisch zeigen hinsichtlich ihres Stoffverbrauches, so muß dieser Eigensinn gebrochen werden, und es müssen solche Fabrikate erstehen, die weniger wählerisch sind hinsichtlich ihrer Erzeugungsmittel.

Das waren die Methoden, die sich unserem Blick erschlossen hatten; nicht die Lösungen zwar, doch die Wege, die Möglichkeiten, die Hoffnungen.

Auf der anderen Seite aber lagen unübersehbar die Widerstände.

Wir wußten, daß diese Wirtschaft neu geboren werden mußte, wir wußten, daß sie nun in irgendwelcher neuen Form ihr Material verteilen und bereit halten mußte. Wie sollte das geschehen?

Da mußte abermals ein neuer Begriff entstehen, der Begriff der Kriegswirtschaftsgesellschaften. Heute ist das eine Sache, von der man wie von einer altererbten spricht. Viele dieser Kriegsgesellschaften sind in aller Munde; man kennt sie und empfindet sie als ein längst Gegebenes. Aber das Paradox ihres Wesens schien so groß, daß selbst in unserem engsten Kreise, der sonst in großer Einhelligkeit unsere Maßnahmen durchdachte, eine Spaltung über die Möglichkeit und Durchführbarkeit dieser Schöpfung entstand.

Auch von den Industriellen wurden die neuen Rohstoffgesellschaften nicht durchweg willkommen geheißen.

Die Metallindustriellen waren einigermaßen willig. Sie fragten zwar: Wozu soll das, eine Aktiengesellschaft, die nichts verdient, was sollen wir damit anfangen? Wir haben bisher unsere Wirtschaft besorgt und können es auch weiter. Dennoch willigten sie ein, vielleicht zum Teil mir zu Gefallen, vielleicht auch, weil sie sich sagten, es ist nicht viel dabei verloren.

Schon anders war es mit den Chemikern. Das sind ganz große Herren aus dem Rheinland, selbstbewußt, Träger großer Verantwortungen, Chefs ungezählter Arbeiterbataillone; denen war das neue Wesen anfangs nicht ganz geheuer. Ein einflußreicher Herr fuhr im Rheinland herum und warnte vor den neuen Experimenten. Aber schließlich kam es doch im Hofmann-Haus zu einer konstituierenden Versammlung; die verlief anfangs friedlich, gegen Ende aber wurde sie leidenschaftlich bewegt. Als die Herren sahen, den Salpeter kann man ihnen nicht unbeschränkt lassen, da wurden sie unzufrieden, und es gab eine Szene, die von ferne an das Ballhaus in Paris im Jahre 1789 erinnerte. Trotzdem kam die Gründung zustande, und heute müssen wir ebenso tief und freudig den Chemikern danken für ihr Zusammenwirken wie für ihre Leistungen. Denn diese vorbildliche deutsche Industrie hat zwar mit den ersten Maßnahmen vielleicht sich etwas schwerer abgefunden, dafür hat sie an Initiative und Erfindungskraft, an Kühnheit und Nachhaltigkeit vielleicht die höchste Stelle unserer wirtschaftlichen Kriegführung erreicht.

Fast jede Woche brachte neue Gründungen. Mit Metall fing es an, dann kamen Chemikalien, dann kam Jute, Wolle, Kammwolle, Kautschuk, Baumwolle, Leder, Häute, Flachs, Leinen, Roßhaar; teils Aktiengesellschaften, teils Abrechnungsstellen. Alle diese Schöpfungen verlangten wochenlange Vorverhandlungen, Einigung unter den Industriellen, Verständigungen über die Bedingungen, Beschaffung von neuen Kräften, Direktoren, Prokuristen und Geschäftsräumen, und alles das innerhalb einer Wirtschaft, in der verantwortliche Kräfte immer spärlicher zur Verfügung standen.

Heute zählt das Beamtenpersonal der Gesellschaften, Untergesellschaften und Zweigorganisationen nach Tausenden, ihr Umsatz nach Hunderten von Millionen."

Fortschrittlicher Parteitag Groß-Berlins.

Eine Kundgebung für die Reichsleitung.

Am Parteitage der Fortschrittlichen Volkspartei für Groß-Berlin, der am Mittwoch abend 8 Uhr zusammentrat, nahmen teil als parlamentarische Vertreter der Partei die Abgg. Cassel, Dr. Ehlers, Fegter, Graue, Hubrich, Kanzow, Meyer (Frankfurt), Mommsen, Dr. Mugdan, Otto, Rosenow, Rößler, Sivkovich, v. Schulze-Gaevernitz, Siehr, Dr. Struve, D. Traub und Dr. Wiemer; außerdem waren zahlreiche Vertreter der Parteivereine Groß-Berlins erschienen. Allen Anwesenden widmete der Vorsitzende Abg. Kopsch herzliche Worte der Begrüßung.

Ueber die politische Lage

sprach sodann Abgeordneter Dr. Wiemer, der zunächst den Verlauf der eben zum Abschluß gekommenen Verhandlungen des Reichstags über die auswärtige Politik schilderte. Er stellte als wichtigstes Ergebnis fest, daß die eingehende und sachliche Prüfung aller für die Kriegsführung in Betracht kommenden militärischen, politischen und wirtschaftlichen Fragen im Haushaltsausschuß die Ueberzeugung gefestigt habe, daß die militärische Lage überall günstig sei und das deutsche Volk mit voller Zuversicht der weiteren Entwicklung der Dinge entgegensehen dürfe. Er ging sodann auf die Meinungsverschiedenheiten ein, die in der Frage der Unterseebootskriegführung bestehen, und kennzeichnete kurz die Vorgänge, die zu der vom Berichterstatter im Plenum abgegebenen schriftlichen Erklärung des Ausschusses geführt hätten. Erfreulich sei die einmütige Verurteilung, die alle Parteien des Reichstags gegenüber den gemeinschädlichen Treibereien gegen die verantwortlichen Stellen der Reichsleitung ausgesprochen haben. An der Hand des vorliegenden umfangreichen Materials gab der Redner ein Bild von diesen Treibereien und ihren Beweggründen und bezeichnete es als Pflicht der Partei, solcher Agitation mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten, weil sie dazu angetan sei, die innere Geschlossenheit zu zerstören und den Feinden Deutschlands Nutzen zu bringen. Hierbei betonte er nachdrücklich, daß die Fortschrittliche Volkspartei den Reichskanzler unterstütze, nicht um seiner Person willen, sondern weil sie die derzeitige Politik des Kanzlers für richtig halte, daß sie ihn bekämpfen würde, wenn er andere Wege ginge, wie sie einen anderen Kanzler unterstützen würde, wenn seine Politik den Anschauungen und Forderungen der Partei entspräche. In diesem Zusammenhang ging Redner auf die Frage der Neuorientierung ein und beleuchtete an der Hand von Presseäußerungen die Aufnahme, die die Ankündigung innerpolitischer Reformen im konservativen Lager gefunden habe. Nach einer kurzen Kritik von Mißständen auf dem Gebiete der Volksernährung schloß Abgeordneter Dr. Wiemer unter lebhaftem Beifall mit der eindringlichen Mahnung, Kraft und Einigkeit, Vertrauen und Zuversicht zu bewahren, dann werde das deutsche Volk siegreich hervorgehen auch aus dieser schwersten Prüfung, die das Geschick ihm auferlegt habe.

Nach einer lebhaften Aussprache, an der sich u. a. die Abgg. Traub und Cassel, Chefredakteur Nuschke und die Abgg. Kopsch, Siehr und Sivkovich beteiligten, nahm der Parteitag bei zwei Stimmenthaltungen nachfolgende von den Herren Cassel, Rosenow, Ehlers, Mommsen, Ladewig, Kreitling, May, Rettig, Braun und Blum beantragte

Entschließung

einstimmig an: „Der Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei für Groß-Berlin spricht seine Genugtuung aus über die im Haushaltsausschuß des Reichstags vorgenommene gründliche und sachliche Prüfung aller für die Kriegführung, insbesondere für den Unterseebootskrieg in Betracht kommenden militärischen, marinetechnischen, wirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkte und vertraut darauf, daß die Verhandlungen des Reichstags zur Stärkung des Vertrauens und der Geschlossenheit des deutschen Volkes beitragen werden. Der Parteitag verurteilt auf das entschiedenste die dem Vaterlande schädlichen Treibereien gegen die verantwortliche Reichsleitung, weil sie den inneren Frieden stören und die Widerstandskraft unserer Feinde stärken. Der Parteitag hegt das Vertrauen, daß die Reichsregierung wie die Führung des Heeres und der Flotte in einträchtigem Zusammenwirken alle geeigneten Mittel anwenden werden, um Deutschland einen baldigen ehrenvollen Frieden zu sichern."

Abg. Kopsch schloß hierauf 12½ Uhr nachts den Parteitag mit Worten des Dankes und der Genugtuung über die einmütige Kundgebung der Parteivertreter von Groß-Berlin.

Letzte Nachrichten

• Das Telegraphenamt in Alexandrowsk ist niedergebrannt. Es wurde durch einen Feldtelegraphen ersetzt.

• In Lodz traf, einem Privat-Telegramm aus Königsberg zufolge, der Abgesandte der amerikanischen Juden, Dr. Magnus, ein, um die Verteilung amerikanischer Geldspenden unter der jüdischen Bevölkerung Polens vorzunehmen.

Stockholm, 12. Oktober. (W. T. B.) Ministerpräsident Dr. v. Hammarskjöld und der Präsident des Swea-Hofgerichts, Afzelius, sind für weitere sechs Jahre zu Mitgliedern Schwedens beim permanenten Schiedsgericht im Haag bestätigt worden.

Asquith über die 6-Milliarden-Kreditforderung.

Die Anleihen der Ententemächte. — Lloyd George gegen die Friedensbemühungen der Neutralen.

London, 11. Oktober. (Reuter.)

Im Unterhause brachte Asquith eine neue Kreditforderung im Betrage von dreihundert Millionen Pfund Sterling ein. Dabei erklärte er, dieser Kredit erhöhe den Gesamtbetrag für das laufende Finanzjahr auf 1350 Millionen und den Gesamtbetrag der seit Kriegsausbruch bewilligten Kredite auf 3132 Millionen. Die gegenwärtigen Kriegsausgaben beliefen sich auf etwa fünf Millionen täglich. Die Ausgaben für das Heer wiesen eine geringe Verminderung auf, aber die Ausgaben für Munition seien erheblich gewachsen. Der Voranschlag für den Budgettitel „Anleihen der Verbündeten und der Kolonien" sei überschritten worden, und wenn diese Anleihen im gegenwärtigen Maßstabe zu wachsen fortfahren sollten, würden die im Budget veranschlagten 450 Millionen sehr erheblich überschritten werden. Aber kein Teil der Kriegsausgaben sei wichtiger für die Sache der Alliierten als dieser. England habe in dieser Beziehung keine selbstsüchtigen Interessen, und obwohl die Ausgaben über den Voranschlag hinausgegangen seien, handle es sich hier um Ausgaben, die er nicht bedauere, und die das Haus der Regierung nicht kürzen werde. (Beifall.) Vom 1. April bis 24. Juli hätten diese Anleihen der Alliierten und der Kolonien 157 Millionen ausgemacht, seither seien neuerlich 96 Millionen Vorschüsse gegeben worden. Asquith gab dann einen Ueberblick über die Kämpfe auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen:

Die letzten Berichte aus Mesopotamien zeigten, daß die Eisenbahn- und Wasserverbindungen wesentlich verbessert worden seien. Ein wirksamer Fortschritt sei in der Ueberwindung der Schwierigkeiten gemacht worden, die bisher die Kämpfe in Aegypten gehemmt hätten. Die Niederlage der Türken bei der Oase Katia am 3. August mit einem Verlust von 3166 Gefangenen und vier Geschützen habe den Feind genötigt, sich zwanzig Meilen weit zurückzuziehen. Sie habe die Gefahr eines Angriffs auf den Kanal in die Ferne gerückt und das türkische Ansehen in Syrien und Arabien gemindert. An der Westfront von Aegypten seien die Senussi zur Machtlosigkeit verurteilt. Die Tatsachen hätten im Verein mit den Kämpfen in Darfur den türkisch-deutschen Ränken in Aegypten und im Sudan wirksam ein Ende bereitet. In Saloniki hätten die alliierten Streitkräfte beträchtliche russische und italienische Verstärkungen erhalten und Anfang September die Offensive ergriffen mit dem Ziel, ihre Tätigkeit mit der der russischen und rumänischen Truppen in Siebenbürgen und der Dobrudscha zu vereinigen. Diese Offensive habe einen beträchtlichen Erfolg gehabt. Auf dem rechten Flügel hätten sich die Briten auf dem linken Ufer der Struma festgesetzt, wo sie die bulgarischen Stellungen genommen, wiederholte Gegenangriffe abgeschlagen und dem Feinde schwere Verluste zugefügt hätten. Auf dem linken Flügel hätten Russen, Franzosen und Serben die Bulgaren geschlagen, Florina genommen, den Feind von den Grenzhöhen vertrieben und befänden sich nur etwa acht englische Meilen von der wichtigen Stadt Monastir entfernt. Die Operationen der Alliierten in dieser Gegend hätten nicht nur dem Feinde schwere Verluste beigebracht, sondern ihn auch verhindert, Truppen von Mazedonien nach der Dobrudscha zu schaffen und dadurch den russischen und rumänischen Alliierten wertvolle Dienste geleistet.

Zum Schluß seines Ueberblicks über die militärische Lage sagt Asquith: Es darf nicht sein, daß dieser Krieg mit einem nicht von unserem Willen abhängigen entehrenden Kompromiß, mit einem Flickwerk endet, das sich hinter der Maske eines sogenannten Friedens verbirgt. (Laute Beifallsrufe.) Wir sind es denen, die ihr Leben dahingegeben haben, schuldig, daß das Opfer ihres Lebens nicht vergeblich gebracht sein darf. Die Ziele der Alliierten sind wohl bekannt. Es sind keine selbstsüchtigen oder rachsüchtigen Ziele, aber sie fordern eine angemessene Genugtuung für die Vergangenheit und Sicherheit für die Zukunft. (Erneuter Beifall.)

Im Unterhaus führte Lloyd George in Beantwortung einer von Holt (liberal) an seiner bekannten Unterredung mit einem amerikanischen Pressevertreter geübten Kritik aus, er habe nur wiederholt, was bereits häufig von Asquith erklärt worden sei. Eine Intervention im jetzigen Augenblick würde der Triumph Deutschlands und das Verderben für England sein. Er nehme jetzt nicht eine einzige Silbe zurück. (Beifall.) Es sei nicht nur der Ausdruck seiner eigenen Meinung gewesen, sondern die Meinung des Kabinetts, des Kriegsausschusses, der militärischen Berater und sämtlicher Alliierten. (Beifall.) Es sei von wesentlicher Bedeutung gewesen, die Erklärung abzugeben, die er gemacht habe. (Beifall.)

London, 12. Oktober. (W. T. B.)

Nach kurzer Diskussion, in der lebhafte Zustimmung zu Asquiths' Rede und Lloyd Georges Interview zum Ausdruck kam, nahm das Haus einstimmig die Kreditvorlage an.

Allgemeine Wetteraussichten für Deutschland. In Nord- und Mitteldeutschland weitverbreitete, meist geringe, nur im Küstengebiete stärkere Regenfälle, im Süden größtenteils trocken.

Morgen voraussichtliches Wetter in Berlin und Umgegend. Mild und zeitweise aufklarend, jedoch vorwiegend trübe mit leichten Regenfällen.

Verantwortliche Redakteure: für Politik: Erich Dombrowski-Lichterfelde; für Lokales, Vermischtes, Gerichtszeitung und Sport: Arno Arndt-Wilmersdorf; für das Feuilleton: Paul Block-Schöneberg; für den Roman: Bernhard Jolles-Berlin; für die Handelszeitung: Dr. jur. Felix Pinner-Friedenau; für den übrigen Teil des Blattes: Albert Pilz-Charlottenburg; für die Inserate: Robert Franke-Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Handels-Zeitung des Berliner Tageblatts.

Nummer 524. Berlin, Donnerstag, 12. Oktober 1916 (Abend). 1. Beiblatt.

Die Neuregelung des Tabakverkehrs.

Bei der allgemeinen Besprechung der neuen Bundesratsver-
rdnung über den Verkehr mit Rohtabak haben wir schon dar-
uf hingewiesen, dass der Entwicklung der Preise keine freie
Bahn gelassen werde, dass sie vielmehr der staatlichen
Regelung wenigstens in bestimmtem Umfange unterliege.
lassgebend für die Preisbemessung ist der § 5 der Verordnung,
ach dem der Erwerber für die überlassenen oder enteigneten
Vorräte einen „angemessenen Preis“ zu bezahlen hat.
Was unter angemessenem Preise zu verstehen ist, wird weder in
er Bundesratsverordnung noch in den Ausführungsbestimmun-
en genauer bezeichnet; die Beurteilung der Angemessenheit liegt
ielmehr in den Händen der Bremer und Mannheimer Gesellschaf-
en, die bei einer beabsichtigten Veräusserung den Bedarf und
en Preis zu prüfen haben. Indes sind auch die Gesellschaften
ihrem Urteil nicht vollständig frei, vielmehr sind sie, was
owohl den im Inlande befindlichen Auslandstabak wie auch was
en Inlandstabak betrifft, an gewisse Richtlinien gebunden.
ie Bremer Gesellschaft, die bekanntlich den Verkehr mit Aus-
andstabaken in Händen hat bzw. beaufsichtigt, darf, ab-
esehen von Kleinmengenverkäufen, über die noch zu sprechen
ein wird, Verfügungen über Tabakblätter, d. h. also Veräusse-
ungen u. dgl., nur zulassen, wenn der Verkaufspreis den
inkaufspreis des Verkäufers um nicht mehr als 18 v. H.
bersteigt. Als Verkaufsbedingungen sind hierbei voraus-
esetzt: „Zahlung in 6 Monaten oder bar mit 3 v. H. Abzug, Frei-
ger bis zu 3 Monaten.“ Nur für besondere Fälle können Aus-
ahmen zugelassen werden, was insbesondere bei Veräusserung
on nicht mehr als einem Packstück gilt. Bezüglich des in-
ändischen Tabaks ist zu bemerken, dass die Inlandgesell-
haft die Veräusserung von deutschen Tabakblättern aus Ernten
or dem Jahre 1916 zulassen kann, wenn der Verkaufspreis
r gegorenen, unversteuerten, in Ballen verpackten Tabak 200 M.
r 50 Kilogramm nicht übersteigt. Eingehender noch ist die
reisregelung bei dem inländischen Tabak aus der Ernte
916 erfolgt. Für ihn sind in der Verordnung Richtpreise fest-
esetzt, die sich auf ungegorenen, unversteuerten Rohtabak be-
ehen und für die Abnahme vom Pflanzer gelten. Der Richtpreis
r Grumpen beläuft sich auf 50 bis 70 M. für den Zentner, für
eize auf 30 bis 40 M. für den Zentner und für den übrigen Roh-
bak in eingefädeltem Zustande auf 70 bis 130 M. für den
entner. Diese Richtpreise dienen jedoch nicht unmittelbar zur
emessung des Preises, vielmehr werden noch Unterschiede nach
n einzelnen Arten und Anbaubezirken festgestellt, welche Auf-
be einem bei der Inlandgesellschaft bestehenden Preisausschuss
geteilt ist. Der Preisausschuss besteht aus der gleichen An-
hl von Vertretern der Pflanzer einerseits und von Vertretern
s Tabakhandels und der Tabakindustrie andererseits, und
beitet unter dem Vorsitze eines Kommissars des Reichskanzlers.
e von dem Preisausschuss festgesetzten Richtpreise
lden also erst die eigentliche Grundlage für die Beurteilung der
ngemessenheit des Preises. Nach ihnen richtet sich sowohl die
landsgesellschaft, wenn sie die Angemessenheit des Preises bei
ihändigen Veräusserungen prüft, sie sind aber auch mass-
bend für das Schiedsgericht, das in Wirksamkeit tritt,
nn der Eigentümer der Ware auf Grund der Beschlagnahme
r Veräusserung gezwungen wird. Wie das Schiedsgericht ein-
richtet wird, darüber werden vom Reichskanzler noch nähere
stimmungen erlassen; nur so viel ist jetzt schon zu sagen, dass
gen die Entscheidungen des Schiedsgerichts ein Rechtsmittel
zulässig ist.

Ausnahmevorschriften von der Bundesratsverordnung sind
den Ausführungsbestimmungen enthalten. Zunächst ist bemerkenswert,
s von der Beschlagnahme und der Anzeigepflicht allgemein befreit ist
mal der Tabak, der von Verbrauchern und Selbstherstellern zum
genen Gebrauch gepflanzt ist, und sodann der Tabak, von dem
äss § 3 Absatz 1 der Tabaksteuerordnung die Steuer nicht erhoben
, d. h. der für Zierzwecke und in botanischen Gärten gebaute.
ner regeln die Ausführungsbestimmungen den Kleinmengenver-
uf und die Bedarfssicherung der Verarbeiter auf die Dauer von vier
aten. Ueber die Bedarfssicherung ist bestimmt, dass die
akhandelsgesellschaften rechtsgeschäftliche Verfügungen über beschlag-
nten Tabak, abgesehen von dem Inlandstabak 1916er Ernte, ohne
eres zulassen können, wenn die allgemeinen Preisvorschriften ein-
lten und die Vorräte des Verarbeiters nicht gross genug sind, um ihn
vier Monate, berechnet nach dem Verbrauch in der Zeit vom 1. Januar
31. Juli 1916, sicherzustellen. Das entsprechende gilt für die Klein-
genverkäufer; auch sie können einen Vorrat für vier Monate beziehen,
chnet nach dem Kleinmengenverkauf in dem vorerwähnten Zeitraum.
ichtlich des Verkaufs von Kleinmengen sagen die Aus-
ungsbestimmungen, dass auf den um den Steuerbetrag erhöhten Ein-
fspreis bei Zahlung nach drei Monaten ein Zuschlag bis zu
om Hundert und bei Zahlung nach sechs Monaten ein Zuschlag bis
om Hundert genommen werden darf bei Barzahlung tritt ein Abzug
3 vom Hundert ein Auch die Mengen des Kleinverkaufs sind
ränkt; zollzuschlagfreier Tabak darf von dem Verkäufer bis zur Höhe
s durchschnittlichen Kleinmengenverkaufs in der Zeit vom 1. Januar
um 31. Juli 1916 ohne Genehmigung abgegeben werden; allerdings
hen noch einzelne hier nicht interessierende Einschränkungen. Voll-
nen frei von jeder Beschlagnahme ist der Verkehr mit Ansichts-
Arbeitsmustern bis zu 2 kg.

uf den Verstoss gegen die Bundesratsverordnungen sind Ge-
nisstrafen bis zu einem Jahre und Geldstrafen bis zu 10 000
gesetzt.

* Versicherungsverträge nit „feindlichen“ Gesellschaften.

as kaiserliche Aufsichtsamt für Privatver-
ierung schreibt in seinem jetzt bekanntgegebenen Be-
t für 1915 u. a. folgendes: In den Verhältnissen der bei
tschen Zweigniederlassungen englischer und fran-
ischer Gesellschaften laufenden Lebensversicherungen
seit Erstattung des vorjährigen Geschäftsberichts wesent-
Veränderungen nicht eingetreten. Die deutschen Vertreter
unter Reichsaufsicht stehenden Unternehmungen
n mit Erfolg bestrebt, die fälligen Ansprüche der deutschen
cherten zu erfüllen, und zwar auch insoweit, als es sich nur
ie Verwaltung eines aus der Zeit vor dem Inkrafttreten des
cherungsaufsichtsgesetzes noch vorhandenen, durch die
hriften dieses Gesetzes nicht geschützten Versicherungs-
ndes handelt. Nur bei einer französischen Gesell-
t, die auf dem Ausschüttungs-(Tontinen-)Verfahren beruht,
te im Hinblick auf dort vorliegende besondere Verhältnisse
hst eine gewisse Beschränkung in den Auszahlungen in Ge-
einer vorläufigen Abschlagszahlung eintreten.
e Auszahlungen, die von den beaufsichtigten Nieder-
ngen englischer und französischer Unternehmungen bisher
end des Krieges geleistet worden sind, belaufen sich auf
t beträchtliche Summen. Wo vereinzelt vorüber-
de Stockungen in der Zahlungsbereitschaft eintraten, oder
aufenden Einnahmen für die zu bewirkenden Leistungen
hinreichten, konnte durch Freigabe der erforderlichen B
aus der vorhandenen Ueberdeckung des Prämienreser-

fonds bzw. durch Heranziehung eines mässigen Teiles einer in der Zeit vor der Geltung des Versicherungsaufsichtsgesetzes für den betreffenden Versicherungsbestand hinterlegten Kaution ohne Schwierigkeit Abhilfe geschaffen werden. In einem Falle, in dem es an besonderen Sicherheiten mangelte, konnten Guthaben, die die betreffende (englische) Gesellschaft bei einer deutschen Bank noch aus der Zeit vor Kriegsausbruch besass, für die Deckung der eingetretenen und künftigen Fälligkeiten aus ihren deutschen Lebensversicherungen nutzbar gemacht werden. Entsprechend den geschilderten Verhältnissen und den bereits im Vorjahr in weitem Umfange gegebenen Aufklärungen sind auch die Anfragen aus den Kreisen der Versicherten in Angelegenheiten der vom Amte beaufsichtigten Niederlassungen erheblich zurückgegangen.

Zahlreich waren dagegen auch weiterhin die Fälle, in denen das Amt um Rat und Hilfe angegangen wurde wegen Versicherungen, die nicht zu seiner Zuständigkeit gehören, so namentlich von aus dem Feindeslande vertriebenen oder auch schon früher nach Deutschland zurückgekehrten Reichsangehörigen, die seinerzeit in dem jetzt feindlichen Auslande, namentlich in England oder in dessen Kolonien und Besitzungen, eine Lebensversicherung abgeschlossen hatten. Die in solchen Fällen bisweilen erlangten brieflichen Erklärungen von englischen Unternehmungen, die von den Anfragenden vorgelegt wurden, bewegen sich in den im vorjährigen Geschäftsberichte gekennzeichneten Richtungen. Eine Reihe von Gesellschaften erklärt sich danach zur Annahme der Prämienzahlung bereit, wenn ihnen der Betrag nach England übersandt wird; die Anerkennung einer Hinterlegung des geschuldeten Betrags bei der Deutschen Reichsbank wird dagegen regelmässig abgelehnt. Die Frage jedoch ob und wieweit ihrerseits die Verträge nach dem Kriege erfüllt werden können, lassen auch diese Gesellschaften der Regel nach ausdrücklich offen. Eine von ihnen äussert sich dahin, dass infolge des gegenwärtigen Kriegszustandes die Versicherung von selbst verfallen sei (automatically become void); ob die Direktion nach Kriegsbeendigung in der Lage sein werde, irgendeine Zahlung im Hinblick auf die Versicherung zu leisten oder diese wieder in Kraft zu setzen, hänge von der gegenwärtigen und zukünftigen Gesetzgebung über den Handel mit dem Feinde ab, zurzeit sei es ganz unmöglich, irgendeine bindende Erklärung abzugeben. Eine andere Gesellschaft teilt mit, sie sei von der Regierung benachrichtigt, dass sie Prämienzahlungen auf vor Beginn des Krieges geschlossene Lebensversicherungen von in Deutschland wohnenden Deutschen in Empfang nehmen dürfe, womit jedoch keine Meinung über den Einfluss des Krieges auf die Gültigkeit solcher Policen ausgedrückt werden solle. In einem Falle, in dem die Versicherung durch den während des Krieges in Deutschland erfolgten Tod des Versicherten fällig geworden war, schreibt die betreffende Gesellschaft, dass sie zwar selbstverständlich (of course) verhindert sei, den Anspruch in der gegenwärtigen Zeit zu begleichen (settle), dass aber kein Grund vorhanden scheine, weshalb nicht die Unterlagen des Anspruchs, deren Uebersendung anheimgestellt wird, bereits jetzt geprüft werden sollten, so dass die Gesellschaft in der Lage sein würde, nach Beendigung des Krieges ohne weitere Verzögerung zu zahlen. Irgendein zuverlässiger Schluss auf die Rechtslage der ohne Beteiligung einer deutschen Zweigniederlassung in England versicherten Deutschen lässt sich aus diesen vereinzelten Aeusserungen nicht ziehen, insbesondere auch nicht, soweit Ansprüche aus Versicherungsfällen in Betracht kommen, die während des Krieges eingetreten sind. Immerhin ist aber bemerkenswert, dass in den Erklärungen der vorbezeichneten Art die Wiederherstellung der Rechtsbeziehungen nach Friedensschluss nicht grundsätzlich abgelehnt, sondern in der Hauptsache von der künftigen Gestaltung der englischen Gesetzgebung abhängig gemacht wird. Das Aufsichtsamt hat auf Anfragen, die solche Versicherungen betrafen, nach Möglichkeit Auskunft gegeben. Dabei wurde insbesondere darauf hingewiesen, dass nach den deutschen Vorschriften Ausnahmen von dem Verbote der Zahlung der Prämien nach England (ebenso nach Frankreich und Russland — nach den unter deutscher und österreichischer Verwaltung stehenden Gebieten Russlands ist die Zahlung allgemein zugelassen — durch den Reichskanzler (Reichsamt des Innern) gestattet werden können, wenn der Versicherte die Zahlung auf eigene Gefahr bewirken will.

Der nach Massgabe des Versicherungsaufsichtsgesetzes beaufsichtigte Geschäftsbetrieb der dem verbündeten oder neutralen Ausland angehörenden Lebensversicherungsunternehmungen, die zum Teil einen sehr beträchtlichen deutschen Versicherungsbestand aufweisen, hat sich (wie auch bei den Sachversicherungsgesellschaften des nicht feindlichen Auslandes) fortgesetzt ohne Anstände vollzogen. Von einer amerikanischen Lebensversicherungsgesellschaft, die neue Verträge in Deutschland seit einer Reihe von Jahren nicht mehr abschliesst und die bisher die Auszahlung der Versicherungsleistung von einer Prüfung der Unterlagen am Hauptsitz abhängig machte, sind in der Folge erleichternde Anordnungen getroffen worden.

* An der Börse

war die Stimmung heute im Anschluss an den günstigen Eindruck, den die gestrigen Reichstagsverhandlungen hinterliessen, im allgemeinen zuversichtlich, und der Verkehr auf manchen Marktgebieten lebhafter als an den Vortagen. Dies gilt insbesondere für Kohlenwerte, auf die der günstige Stand der Kohlensyndikatsverhandlungen anregend wirkte. Namentlich konnten die Aktien der Gelsenkirchener Bergwerksges. prozentweise anziehen, auch die Aktien der Harpener Ges. und einer Anzahl von Kohlenkuxen, so die der Gewerkschaft Mont Cenis, der Gewerkschaften Trier, Hermann, Adler usw. waren gebessert. Von Eisenwerten waren die der Phönix-Ges. und des Bochumer Vereins nach ruhiger Eröffnung begehrt. Auf dem Markte der Rüstungswerte konnten namentlich die Aktien der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken anziehen. Automobilaktien waren durchweg höher, so namentlich die der Daimler Motorenwerke, der Dürkopp-Ges., der Benz- und Horch-Werke sowie der Fahrzeugfabrik Eisenach. Im übrigen waren gesucht die Aktien der Auer-Ges., der Deutschen Maschinenfabrik, der Deutschen Gussstahlkugelfabrik, der Gebr. Böhler-Ges, der Felten Guilleaume-Werke, der Schwartzkopff-Ges., der Chemischen Fabrik Scheidemandel, der Elektrotechnischen Fabrik Rheydt, der Pittler-Ges., der C. Lorenz-Ges., der Poege Elektrizitäts-Akt.-Ges. usw. Schiffahrtsaktien neigten zeitweilig zur Abschwächung, auch für Rüstungswerte trat später zum Teil Angebot hervor. Russische Bankaktien waren befestigt.

Am Rentenmarkt waren 3proz. Reichsanleihen und preussische Konsols gesucht. Von fremden Renten waren russische gebessert, auch griechische und japanische höher. Rumänische Anleihen waren dagegen schwächer.

Am Geldmarkt war tägliches Geld zu 4 pCt. und darunter erhältlich. Der Privatdiskont stellte sich auf 4⅝ pCt. und darunter. — Für fremde Zahlungsmittel wurden folgende amtliche Kurse festgesetzt (in Mark):

Telegraphische Auszahlungen		12. 10. Geld	12. 10. Brief	11. 10. Geld	11. 10. Brief
New-York	Dollar	5,48	5,50	5,48	5,50
Amsterdam / Rotterdam	Gulden	227¼	227¾	227¼	227¾
Kopenhagen	Kronen	156¼	156¾	156¼	156¾
Stockholm	Kronen	159	159½	159	159½
Christiania	Kronen	158¾	159¼	158¾	159¼
Basel / Zürich	Franken	106⅜	106⅝	106⅜	106⅝
Wien / Budapest	Kronen	68,95	69,05	68,95	69,05
Sofia	Leva	79	80	79	80

Rubelnoten waren gesucht.

✡ Rheinische Stahlwerke Akt.-Ges. zu Duisburg-Meiderich. Die heutige Generalversammlung, in der ein Aktienkapital von rund 22 Mill. M. vertreten war, setzte die sofort zahlbare Dividende auf 10 pCt. (6 pCt.) fest. Ferner genehmigte die Versammlung den Ankauf der Balcke, Tellering u. Co. Akt.-Ges. in Benrath zu den bekannten Bedingungen. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurden Regierungsrat Dr. Bruno v. Waldthausen in Herstel und Bergassessor a. D. Krawel in Essen, von der Arenbergschen Akt.-Ges. für Bergbau- und Hüttenbetrieb. Zum Schlusse machte Generaldirektor Hasslacher einige Ausführungen über die Geschäftslage und Aussichten der Gesellschaft. Er führte aus, dass die Gesellschaft zurzeit sehr stark beschäftigt sei; man hoffe, diesen Verpflichtungen auch weiterhin voll nachkommen zu können. Das Ergebnis des laufenden Jahres werde voraussichtlich ebenso günstig sein, wie das des letzten Jahres, wenn keine Störungen im Betriebe dazwischen kämen.

✡ Baroper Walzwerk Akt.-Ges. in Barop. Die heutige Generalversammlung, in der 25 Aktionäre mit einem Kapital von 1 916 000 M. vertreten waren, setzte die sofort zahlbare Dividende auf 13 pCt. (0) fest. Direktor Schmieding machte einige Mitteilungen über die Lage des Unternehmens. Der Betrieb sei im ersten Vierteljahr des neuen Jahres in gleicher Weise verlaufen wie im letzten Vierteljahr vorigen Jahres. Der Absatz belaufe sich auf 2 121 766 M. (in der gleichen Zeit des Vorjahres 1 499 627). Die Gesellschaft sei mit lohnenden Aufträgen auf Monate hinaus stark besetzt. Man hoffe auch in diesem Jahr ein gutes Ergebnis zu erzielen.

✡ Die Handelsschraubenvereinigung beschloss mit Gültigkeit vom 10. Oktober d. J. ab eine Erhöhung der Aufschläge für Maschinenschrauben, Muttern und Anschweissenden um 10 bzw. 15 pCt. Die Preise der übrigen Sorten der Liste erfuhren eine dementsprechende Regelung.

✕ Zuckerfabrik Offstein. Der Aufsichtsrat schlägt pro 1915/16 nach 140 060 M. Abschreibungen (1914/15: 138 618) wiederum 18 pCt. Dividende bei Rückstellung für Kriegsfürsorge von 60 000 M. (40 000) und 100 000 M. für Zwecke des Rübenerwerbs vor. Der Vortrag auf neue Rechnung beträgt 281 490 M. (263 281).

✡ Unter der Firma „Webstoff-Akt.-Ges. vormals Lucas u. Meyer und S. Weyl“ gründen, wie schon telegraphisch kurz gemeldet, im Laufe des Novembers dieses Jahres die beiden seit dem Jahre 1853 und 1893 in M.-Gladbach bestehenden Grosshandelsfirmen S. Weyl und Lucas u. Meyer eine Aktiengesellschaft. Das Grundkapital beträgt 2 Mill. M. und wird in bar eingezahlt. Immobilien werden nicht eingebracht. Aktiven und Passiven der in Liquidation tretenden Firmen nicht übernommen. Nach dem Gesellschaftsvertrag ist Gegenstand des Unternehmens der Vertrieb und die Herstellung von Baumwollwaren und einschlägigen Artikeln, sowie die Fabrikation von Wäsche und die Beteiligung bei gleichartigen oder ähnlichen Unternehmungen. Die Gründer sind die bisherigen Inhaber der beiden genannten Firmen, die auch den gesamten Aktienbesitz übernehmen. Den Vorstand der Aktiengesellschaft bilden die Herren Josef Lucas und Hermann Meyer (M.-Gladbach). Dem Aufsichtsrat gehören an Bernhard Weyl (M.-Gladbach), Fabrikbesitzer Alex Cappel in Firma J. Frank & Sohn (M.-Gladbach), Fabrikbesitzer Richard Benjamin in Firma Herz & Stern (Rheydt), Kaufmann Louis Lehmann in Firma Frank & Lehmann (Köln) und Rechtsanwalt Dr. jur. Arthur Gumbert (Hannover).

✕ Akt.-Ges. für Schlesische Leinenindustrie vormals C. G. Kramsta in Breslau. Wie verlautet, gestattet das Ergebnis des am 31. August abgelaufenen Geschäftsjahres 1915/16 eine weitere Erhöhung der im Vorjahre von 8 auf 15 pCt. gesteigerten Dividende.

Die ausländischen Beteiligungen der Züricher Elektrobank. In der letzten Generalversammlung machte die Verwaltung interessante Mitteilungen über die Verhältnisse bei ihren ausländischen Tochtergesellschaften, besonders bei den italienischen und russischen. Danach habe die italienische Regierung in den letzten Tagen über die Officine Elettriche Genovesi in Genua und die Unione Italiana Tramways Electrici in Genua die Staatsaufsicht verhängt, was eine leichte Sequestrierung bedeute. Der Vertreter der Regierung unterrichte sich fortlaufend über den Geschäftsgang und verhüte allfällige Zahlungen an das feindliche Ausland. Die Bank habe gegen diese Massnahme die diplomatische Vermittlung des schweizerischen Bundesrats angerufen, weil die beiden Genueser Unternehmungen im wesentlichen italienisch-schweizerische Unternehmungen sind. Bei der Officine Elettriche sind von 80 000 Aktien 30 000 in italienischem Besitz, 19 950 im Besitz der Bank für elektrische Unternehmungen, 26 000 in anderen Schweizerhänden, 2000 in mit Italien verbündeten Ländern und nur 1200 in deutschem Besitz. Auch bei der Unione sei der deutsche Besitz ganz gering. Aus der Verwaltung beider Gesellschaften traten die deutschen Mitglieder bereits vor dem Kriege aus. Der Geschäftsgang bei den Unternehmungen sei erfreulich, ungünstig beeinflusst werde er durch die Kohlenteuerung. Auch bei der Compania Sevillana de Electricidad in Sevilla herrschten sehr hohe Kohlenpreise; die englische Kohle sei fast unerschwinglich teuer und in ungenügender Menge vorhanden. Das Unternehmen in Lissabon leide unter der Unmöglichkeit, Betriebsstoffe für den elektrischen Ausbau zu erhalten. Bei den deutschen Unternehmungen seien im ganzen grössere Ausfälle nicht zu gewärtigen. Bei der Gesellschaft für elektrische Beleuchtung in Petersburg seien die Betriebsergebnisse befriedigend. Der Verdacht, dass es sich um eine deutsche Gesellschaft handle. sei infolge der Einsichtnahme durch die Behörden gehoben; immerhin müsse angesichts des häufigen Ministerwechsels die Aufklärungsarbeit jeweils wieder neu begonnen werden. Die Hoffnung sei berechtigt, dass das Unternehmen die schwierige Zeit überwinden werde. Bei der russischen Unternehmung Imatra sei derzeit der Ausbau unmöglich. Die rumänische Beteiligung, die Electrica in Bukarest, sei unter staatliche Aufsicht gestellt worden; ihr Tätigkeitsgebiet sei noch nicht in den Krieg einbezogen worden. Die schweizerischen Gesellschaften haben sehr gut gearbeitet. Die Gesamterträgnisse der Elektrobank zeigen gegenüber dem Vorjahre eine weitere Verminderung, die auf das völlige Ausbleiben oder die Herabsetzung der Dividenden bei einer Reihe von Gesellschaften und Valutaverluste zurückzuführen sei. Der Vorsitzende bemerkte auf die Anfrage eines Aktionärs, dass die bestehende Bewertung der Effekten immer noch eine stille Rücklage biete. Aus dem Verwaltungsrat trat eine Reihe deutscher Mitglieder zurück, andere lehnten eine Wiederwahl ab. Die Dividende wurde auf 8 pCt. festgesetzt.

Anglo-Oesterreichische Bank. Die ausserordentliche Generalversammlung der Anglo-Oesterreichischen Bank beschloss die von uns angekündigte Erhöhung des Aktienkapitals von 100 auf 130 Mill. Kronen.

Die Russische Staatsbank erzielte, wie die Frankf. Ztg.“ meldet, in 1915/16 einen Bruttogewinn von 209 Mill. Rbl. (1914/15: 100,5 Mill. Rbl.). An Zinsen erbrachten Schatzwechsel 100,5 Mill. Rbl., Handelswechsel 126 Mill. Rbl., Vorschüsse 42,3 Mill. Rbl. Der Reingewinn beträgt 124,3 Mill. Rbl. (32,5).

□ Eine russische „Zentraleinkaufsgesellschaft“. Das russische Handelsministerium beabsichtigt, ein „Besonderes Komitee in Sachen ausländischer Bestellungen und Einkäufe“ zu errichten. Es habe sich herausgestellt, dass an die Kreditkanzlei, der die Lieferung ausländischer Valuta obliege, ganz ausserordentliche Ansprüche gestellt würden, deren Befriedigung ohne Gefährdung des Rubelkurses nicht geschehen könne. Es sei deshalb nötig, die Einfuhr ausländischer Waren auf das allernotwendigste zu beschränken. Das beziehe sich nicht allein auf die Einfuhr von Luxuswaren. Es habe sich nämlich gezeigt, dass die Einfuhr von Rohstoffen, Materialien und Fabrikaten für die Zwecke der Landesverteidigung nicht selten einen spekulativen Charakter trage. Die Fabriken, die sich mit Kriegslieferungen beschäftigen, machten oft äusserst kostspielige Bestellungen im Auslande, um sich rechtzeitig einzudecken, weniger, um den Bedürfnissen der Krone besser nachkommen zu können, als um sich grössere Gewinne zu sichern. Es sei deshalb nötig, auch den vorbereitenden Teil der Kriegslieferungen, die Bestellungen von Materialien und Fabrikaten, unter staatliche Kontrolle zu stellen. — Kürzlich war gelegentlich der Bekanntgabe der Zahlen des russischen Aussenhandels, die zwar immer noch ausserordentlich niedrig, aber gegenüber dem ersten Kriegsjahre doch etwas gestiegen waren, von russischer

Seite mit Genugtuung darauf hingewiesen worden, dass sich der Aussenhandel trotz der schwierigen Zufuhrwege wieder „belebt“ habe. Diese Belebung scheint indes, wie die obige Meldung zeigt, den russischen Finanzen nicht sonderlich günstig gewesen zu sein.

Kleine Zufahren nach England. „Times“ führen aus, dass sonst der Oktober der lebhafteste Monat für die Verschiffung von Getreide und Baumwolle aus den Vereinigten Staaten nach England war. Diesmal werde aber Schiffsraum kaum mehr als in den Monaten mit stillem Verkehr angefordert, und zwar infolge der verhältnismässig geringen Ernte und der hohen Preise in Amerika. Die Situation sei insofern erfreulich (!), als eine gesteigerte Nachfrage die Schiffsraten wieder in die Höhe treiben würde. An anderer Stelle richten aber die „Times“ scharfe Worte an die amerikanische Spekulation, die ihre Geldmacht zur Herauftreibung der Preise für Baumwolle zu nie dagewesener Höhe missbrauchen.

✱ **Die British Bank of Foreign Trade** beantragt, wie uns indirekt aus London gemeldet wird, eine Kapitalherabsetzung, weil die 30 000 Stück ihres Besitzes an Aktien der Russischen Handels- und Industriebank zur Sicherung ihrer eigenen Lage hat abstossen müssen und dabei 250 000 Pfd. Sterl. verloren hat. Nach Herabsetzung des Kapitals beträgt dieses noch 360 000 Pfd. Ster. — Dieser neue Verlust trifft die Bank um so härter, als sie durch die Kriegsverhältnisse schon im Geschäftsjahr 1914/15 so stark in Mitleidenschaft gezogen worden war, dass sie keine Dividende (1913/14: 6 pCt.) ausschütten konnte.

BERLINER HANDELSREGISTER.

Eintragungen vom 10. Oktober.

Abt. A. Fischgrosshandlung Albert Springare lautet die Firma jetzt. — Carl Dörr. Sitz jetzt Charlottenburg, Kaiserdamm 84. — Credithaus Luisenstadt Siegfried Matzdorff Inhaber Georg Lechner. Die Prokura der Regina Lechner ist gelöscht. — Carl Bohn & Leo Kottow Landwirtschaftliche Produkten-Trocknung. Dem Ges. Carl Bohn ist die Vertretungsbefugnis gerichtlich entzogen. — Edmund Ascher & Co. Gesamtprokuristen Isidor Ascher u. Gertrud Roggenbuck. — Louis Ahronheim. Sitz jetzt Berlin-Steglitz, Birkbuschstr. 9. — Auskunftei W. Schimmelpfeng. Die Zweigniederlassungen in Posen, Bielefeld, Elberfeld u. Erfurt sind aufgehoben. — Köther u. Sohn lautet die Firma jetzt. Am 26. 9. 16 ist Willi Köther eingetreten. Vertretung jeder für sich. — Rudolf Hruby. Prokuristin Henriette Hruby. — Grabower & Frankenstein. Die Ges. ist aufgelöst. Inh. ist allein Albert Grabower. — Elbe & Stahnsdorf. Die Ges. ist aufgelöst. Die Firma gelöscht. — Gelöscht ist die Firma: Friedrich Holke.

Abt. B. Deutsche Holz-Verwertungs und Grosshandelsgesellschaft m. b. H. Stammk. 30 000 M. Geschäftsf. Johann Skop u. Karl Jacoby. — Berliner Schuhbedarf-G. m. b. H. Stammk. 20 000 M. Geschäftsf. Ernst Kriewitz. — „Filter- und brautechnische Maschinenfabrik Act.-Ges. vorm. L. A. Enzinger.“ Die Satzung ist geändert. — Beamten-Pensionskasse des Vereins Deutscher Handelsmüller. (Versicherungsverein a. G.) in Charlottenburg. Die Satzung u. der Gegenstand der Versicherung sind geändert. — North British Rubber Company Akt.-Ges. jetzt in Zwangsliqu.

KONKURSE UND ZAHLUNGSSTOCKUNGEN.

✱ **Berliner Konkurse.** Im Konkurs der Kolski Gebr. & Co. G. m. b. H. i. Liqu. in Berlin, früher Lindenstr. 7, stellt der Verwalter auf 18 100 M. vorrechtslose Forderungen zurzeit keine Dividende in Aussicht, auch die Vorrechtsforderungen dürften leer ausgehen. — Im Konkurs des in Berlin-Schöneberg, Barbarossastr. 43, verstorbenen Apothekenbesitzers Heinrich Laaser ist die Einstellung des Verfahrens vom Landgericht II mit sofortiger Wirksamkeit wieder aufgehoben worden. — Im Konkurs des in Berlin, Prenzlauer Allee 218, verstorbenen Weinhändlers Samuel Kesstenbaum ist von den Erben mit Zustimmung sämtlicher bekannten Gläubiger Einstellung des Verfahrens beantragt. Einspruch dagegen ist binnen einer Woche beim Amtsgericht Berlin-Mitte zu erheben. — Aufgehoben sind folgende Konkurse: Off. Hg. Koebner & Co. in Berlin, Landsberger Str. 91a, Gesellschafter Alfred Koebner & Kurt Mohr, infolge Schlussverteilung; — im Felde verstorbener Bankbeamter Friedrich Otto Abel aus Berlin-Schöneberg, Steinmetzstr. 6, nach Abhaltung des Schlusstermins.

Fonds-Telegramme.

Amsterdam, 11. Oktob. (W. T. B.) Wechsel auf Berlin 42,42½ (42,45) Wechsel auf Wien 28,75 (28,72½). Wechsel auf Schweiz 46,40 (46,42½) Wechsel a. Kopenhagen 66,30 (66,30), Wechsel a. Stockholm 69,50 (69,60), Wechsel a. New-York 243,75 (244,50), Wechsel a. London 11,65½ (11,66¾), Wechsel a. Paris 41,95 (41,92½). Matt.

✱ **London,** 11. Oktober. (Privat-Depesche.) An der heutigen **Börse** war die Stimmung behauptet. Heimische Staatspapiere waren gedrückt auf die Mitteilung des Finanzministers McKenna, dass die neue Kriegsanleihe bei der ersten passenden Gelegenheit ausgegeben werden dürfte. Englische Eisenbahnen blieben behauptet. Undergrounds notierten 89. Amerikanische Papiere, Südafrikaner und fremde Staatsrenten lagen fester. In Oelanteilen war das Geschäft ruhig. Shell Shares bedangen 108 sh. 6 d., königlich niederländische Petroleumwerte 44¾. — **Japan** kaufte von neuem 500 000 Pfd. Sterl. 4½proz. Bonds zurück. Seit Kriegsanfang hat es im ganzen 5 270 000 Pfd. Sterl. zurückgekauft. — In den letzten sechs Tagen wurden 20,6 Mill. Pfd. Sterl. **Schatzbonds** und 39,1 Mill. Pfd. Sterl. **Schatzwechsel** verkauft. — Die **Geldsätze** an der Fondsbörse stellten sich bei behaupteter Tendenz für tägliches Geld auf 4⅞, für Wochendarlehen auf 5 pCt. **Diskonten** blieben behauptet. Zweimonatswechsel bedangen 5⁵/₁₆, Dreimonatswechsel 5⁹/₁₆ pCt.

Liverpool, 10. Okt. **Baumwolle.** **Umsatz 8 000 Ballen. Import** 12 850 Ballen, **davon amerikanische Baumwolle 4 300 Ballen. Oktober-November** 10 06, **Januar-Febr.** 10,04. Amerikanische und Brasilianische 2 Punkte niedriger, Aegyptische stramm und 75 Punkte höher.

Amerikanische Kabel-Telegramme.

✱ **New-York,** 11. Oktober. (Spezial-Kabeltelegramm.) Das Fachblatt **„Iron Age“** schreibt in seinem Wochenbericht u. a.: Die Neigung zum Steigen der Preise trat in der vergangenen Berichtswoche deutlicher zutage als jemals vorher. Die Abschlüsse zeigen, dass man zuversichtlich an ein Andauern der gegenwärtigen Verhältnisse glaubt. Die Ankäufe der Eisenbahngesellschaften sind im Wachsen begriffen. Wie berichtet wird, sind für das erste Vierteljahr 1918 schon jetzt 100 000 To. Stahlschienen abgeschlossen worden, anscheinend, um pünktlicher Lieferung sicher zu sein. In der verflossenen Woche wurden 8500 Frachtwagen in Auftrag gegeben. Nach einer Schätzung liegen bei den atlantischen Schiffswerften Anfragen für nicht weniger als 50 Schiffe vor.

✱ **New-York,** 11. Oktober. (Spezial-Kabeltelegramm.) Trotzdem der **Verkehr** wieder **recht umfangreich** war — es wurden **1 370 000 Stück Aktien umgesetzt** —, ging es doch an der heutigen Börse **verhältnismässig ruhig** zu, und in den geschäftlichen Transaktionen spiegelte sich **Zurückhaltung** der beteiligten Kreise im Hinblick auf den **morgigen Feiertrag** wieder. Die **Grundstimmung** war als **schwach** zu bezeichnen; vereinzelt **gaben führende Papiere** zeitweise um **2** bis zu **4 Doll. nach.** Nach **unregelmässiger Eröffnung** machte sich **starke Nachfrage** für **Zuckeraktien** geltend, die im Zusammenhang mit **günstigen Einnahmeausweisen** in erheblichen Posten aus dem Markte genommen wurden. Unter **Realisierungen** und **stärkeren Blankoabgaben** senkte sich später das Kursniveau allgemein. Als sich aber am Markte **neue Käuferschichten** zeigten, konnte wieder eine **Erholung** Platz greifen. Besonders richtete sich das Augenmerk auf die Aktien der **American Lokomotive Co.,** die nach vorliegenden Meldungen bedeutende Aufträge aus allen Gegenden des Landes erhalten haben soll. Auch **Ausrüstungs-** und **Kupferwerte** vermochten ihren Kursstand, wenn auch nur um Bruchteile eines Dollars aufzubessern. In der Schlussstunde gewann wieder eine **schwache Stimmung** die Oberhand, da **beträchtliche Glattstellungen** vor dem Feiertage erfolgten. Namentlich gaben die von der Spekulation bevorzugten **Industrie-** und **Schiffahrtspapiere** erheblich nach. Die **Börse schloss schwach.** — Die **Reineinnahmen** der **Lackawanna Steel Co.** im letzten Quartal beliefen sich auf 3 061 000 Doll., das entspricht einer **Zunahme** um 2 150 000 Dollar. — **Die Börse bleibt morgen geschlossen (Kolumbus-Tag).**

New-York, 11. Oktober. (Privat-Kabeltelegramm.)

	11. 10.	10. 10.		11. 10.	10. 10.
Tendenz f. Geld	träge	stetig	Norfolk u. Western	142¾	140
Geld a. 24 Stunden	2½	2½	Northern Pacific	110½*	11[illegible]
Geld a. 24 Stund. l. D.	2¾	2¾	Pennsylvania	57⅞	58[illegible]
Wechs. a. Berl. (Sicht)	70¼	70¼	Reading	106¾	108[illegible]
do. Paris (Sicht)	5,8475	5,84¾	Chic. R. Isl. Pac. Railw.	21¼	21[illegible]
do. Lond. (60 Tg.)	4,7125	4,7125	Southern Pacific	100	100[illegible]
Cable Transfers	4,7635	4,7640	do. Railway	28	29[illegible]
Silber Bullion	67⅝	67½	do. do. pref.	67¾	—
North. Pacific 3% Bds.	66¾	66¾	Union Pacific	147¼	148½
San Franc. 4% Bds.	80	83½ B	do. pref.	82½	83
San Franc. 5% Bds.	72½	73⅛	Wabash pref.	52¼	53[illegible]
South. Pacific 4% Bds.	91	88⅜	Western Maryland	30¼	30[illegible]
Atchison Top. u. St. Fé	105¼	105¾	American Can	58¼	60[illegible]
Baltimore u. Ohio	87¼	87⅞	Amer. Car u. Foundry	65¼	66[illegible]
Canadian Pacific	175¾	176¼	American Locomotive	76	77[illegible]
Chesapeake u. Ohio	66	67	Americ. Smelting Ref.	107½	108¼
Chicago, Milwaukee	94½	95¾	American Sugar Ref.	115	116[illegible]
Denver u. Rio Grande	17	18	Anac. Copper Mining	91¾	93
Erie	37⅞	38¾	Bethlehem Steel	530	535
Erie Ist pref.	52¾	53½	Central Leather	76¾	78½*
Great Northern pref.	118	118¼	Consolidated Gas	137½	138½
do. Ore Certif.	40⅞	41½	General Electric	175	177
Illinois Central	107	108	Internat. Harvester	115⅛	116[illegible]
Interborough Consol.	17¼	17¼	Intern. Mercant. com.	35¾	38½
Lehigh Valley	83½	84¾	„ „ pref.	104	108½
Louisville u. Nashv.	136¼	138	National Lead	67⅛	69
Missouri, Kans. u. Tex.	4¼	4¼	Republ. Iron u. Steel	71	74
Nat. Railw. Mexiko pr.	7 B	7 B	Unit. Stat. Steel Corp.	110⅛	111⅞
Missouri Pacific	4⅞	5⅛	do. do. pref.	120⅛	120
N.-Y. Hudson River	107⅞	109⅛	Utah Copper	93¾	94½
N.-Y. Ontario West.	27¾	28½	Virg. Carolina Chem.	41½	42½

*) exklusive. Morgen Feiertag.

New-York, 11. Oktober. (Privat-Kabeltelegramm.)

	11. 10.	10. 10.		11. 10. **	10. 10. *
Weizen behauptet			Zucker Centrifugal		
do. Dezember	—	—	Baumwolle loco middling	17,55	17,30
do. Mai	—	—	do. Dezember	17,41	17,40
do. Juli	—	—	do. Januar	17,31	17,30
do. H. Wint. No. 2 n.	166	167¼	do. Februar	17,31	17,35
Mais loko No. 2 mix.	97¾	98	do. März	17,37	17,43
Hafer whiteclipp. n.	54¾	10¼	do. April	17,40	17,46
Mehl (spr. wheat,) n.	††	†	do. Mai	17,46	17,54
Getreidefr. Livrp.	14	14	do. Juni	17,47	17,56
Schmalz pr. West.	15,20	15,35	New-Orleans loko	16,50	16,19
do. Rohe Bros.	16,30	16,30	Kaffee loko Rio No. 7	9½	9½
Petrolm. raf. i. cas.	10,75	10,75	do. Dezember	8,63	8,69
do. Standard white	8,35	8,35	do. Januar	8,65	8,69
do. in tanks	4,50	4,50	do. März	8,69	8,70
do. Cred. balances	2,50	2,50	do. Mai	8,77	8,78
Terpentin	47	47	do. Juli	8,85	8,87
Zucker Stand. Gran.	7,15	7,00			

†) 7,25—7,35. ††) 7,25—7,35. *) 6,02—6,08. **) 6,02—6,08.

	11. 10.	10. 10.
Stahlknüppel	45,00	45,00
Kupfer Standard	—	—
do. Elektrolytic	27¼—28	27¼—28
Rohzinn	41,75—42,75	43,00—45,00
Zink	10,00	9,37½—9,62½
Blei	7,00—7,10	7,00—7,10
Roheisen Northern No. 2	20,00—20,50	19,50—20,00

Chicago, 11. Oktober. (Privat-Kabeltelegramm.)

	11. 10.	10. 10.		11. 10.	10. 10.
Weizen behauptet			Hafer Dezbr.	48⅝	48⅞
do. Dezember	158⅛	159⅝	Schmalz Dezbr.	14,12½	13,95
do. Mai	157¼	158⅝	do. Mai	—	—
do. Juli	133	134	Schweinefl. Dez.	23,75	22,40
Mais behauptet			Rippen Dez.	—	—
do. Dezember	76½	77	Speck short rib sid.	**	*
do. Mai	78⅜	78⅝	Schweinezuf. i. West.	94 000	82 000
do. Juli	—	—	do. in Chicago	25 000	20 000

*) 13,87½—14,25. **) 13,62½—14,12½.

Feist-Feldgrau
Seit 1828
Feist-Sektkellerei A.G. Frankfurt a. M.

Im Grunewald verirrt
23jg. Jüngling, geistesschwach, hört auf Willi; Jagdklubmütze; letzte Spur Försterei Wannsee bis Grunewald. Nachricht an Heine, Alexandrinenstrasse 98. Mpl. 2488.

Nordische Gemälde gegen sofortige Kasse im Auftr. e. Sammlers gesucht, vornehml. Munthe, Askevold, Hans Gude, Munch, Liljefors, Kroeyer, Hammershoei, Zorn, Tidemand, Rasmussen, Normann, Dahl, Heyersdahl, Moorten-Müller, Chr. Krogh, Eckersberg, Thaulow u. a. m.
Kunstsalon Rheinland, Berlin, U. d. Linden 27 (neben Café Bauer) Tel. Ztr. 8940. *

Künstlerhaus Bellevuestr. 3 am Potsdamerplatz
Bellachini
Heute Donnerstag, 12. Sonnabend, 14. Oktbr., abends 8 Uhr
Vorführungen: 191 Grad Kälte — 3000 Grad Hitze — 1 000 000 Volt — 300 000 Kilometer in der Sekunde usw. — Eintrittskarten täglich 8—8 Uhr im Künstlerhaus, Bellevuestrasse 3. Preise: 3,50 M., 2,50 M., 1,60 M., 1,10 M., 0,80 M.

Alb. Gumpert Dampf-Waschanstalt (Troy Laundry)
SO., Wrangelstr. 106, W., Mohrenstr. 38 (Hausvogteipl.)
Fernsprecher: Amt Moritzplatz No. 9976 und 4822.
Spezialität:
Kragen . . . 7½ bis 12 Pf.
Manschett. Paar . . 15 „
Vorhemden . . . . 15 „
Oberhemden 40 bis 50 „
Haushaltungswäsche. Gardinen. *
Postversand.
Anerkannt vornehme Ausführung.

Geschmackvolle echte Perser
mehrere Waggons neu eingetroffen
Deutsche Teppiche
Diwandecken Tischdecken Vorlagen
Teppichhaus des Westens m. b. H.
Kurfürstendamm 226

1 Ladung Steintöpfe
in allen Grössen, zum Einlegen von Obst, Gemüse etc., soeben eingetroffen.
1 Posten Kleinmöbel,
ganz besonders billig, Salonsäulen, Bauerntische, Ständer, Paneelbretter, Küchenregale, Eckbretter etc.
Waschpilz,
vorzügl. Seifenersatz.
Union Bazar G. m. b. H., Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 54a.

Beste deutsche Rasierklinge System Gillette
Jn allen einschlägigen Geschäften zu haben.
Alleinige Fabrikanten: Blank & Bohraus
Berl.-Neukölln, Weigandufer 42
Special-Fabrik für Sicherheits-Rasier-App. u. Klingen. *

Bücherrevisor
Thümmel, Berlin-Steglitz, Albrechtstr. 125. Persönliche Erledigung aller einschlägigen Arbeiten. Fernsp. Steglitz 2385. *

Virtuola, Kunstspiel-Pianos u. Flügel, Fussbetrieb oder elektrisch oder beides vereinigt. Künstlerische Wiedergabe ohne Notenkenntnis. *
Römhildt-Heilbrunn Söhne A.-G., Berlin W., Leipzigerstr. 119/120. 1. St.

Schreibmaschine „Densmore“
für 85 Mark zu verkaufen.
Düsseldorferstr. 19/20, 2 Tr., 3 bis 4 Uhr.

Hotel Ruhland
Berlin, Mittelstrasse 60, am Bahnhof Friedrichstr.
Einheitspreis 2.50 M.
für Zimmer mit einem Bett. *

Pelzwaren.
Nach beendeter Engros-Saison liefert zu den allerbilligsten Preisen Pelz-Umhänge, Muffen, Pelz-Mäntel usw. in den neuesten Ausführung, die Pelzwarenfabrik Berlin W., Leipziger Str. 39.
Reparaturen u. Umänderungen schnell und billig. (Kein Laden.) *

Herren- Speise- Schlafzimmer
Wohnsalons, gediegen, enorme Auswahl, soweit Vorrat v. alten Lagerbeständ. bis 20 % unter jetzigen Tagespreisen.
F. Zech, O. Kleine Andreasst. 9.
Begründet 1859. *

Koks
für Zentralheizung prompt u. preiswert
Berliner Kohlen- u. Koks-Contor m. b. H., Freisingerstr. 15. Kurf. 6255. *

Achtung, Hausbesitzer!!
Koks
bei sofort. Einfuhr preiswert.
Franz Abromeit & Co. G. m. b. H.
Potsdamerstr. 132, Lützow 1531-32. *

Lombardhaus
Zentrum 1964
H. Craff, Leipzigerst. 75, II.
Volle normale Beleihung.
Diskretion, Reellität.
Gelegenheitskäufe
Uhren
Brillanten
Schmucksachen. *
10—50 % unt. Ladenpreis.
9 2 u 3-7 geöffnet.

Kunstspiel-Vorsetzer
f. Flügel u. Piano billig verkäuflich. *
Pianomagaz. Pohl, Potsdamerst. 108

HERZOG
ERNST AUGUST
CONSTANTIN-CIGARETTE